Nr. 55 — Halle a. S., Mittwoch den 6. März 1912 — 23. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis monatlich 60 Pfennig frei ins Haus, durch die Post bezogen vierteljährlich 1,65 Mk. ohne Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfennig.
Fernsprech-Anschlüsse: Schriftleitung: Nr. 838. Geschäftsstelle: Nr. 1047.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigengebühr beträgt für die 6gespaltene Kolonelzeile od. deren Raum 20 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Anzeigen unterm Textstelle die Zeile 75 Pfennig.
Anzeigen für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Geschäftsstelle aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Haupt-Geschäftsstelle: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Schriftleitung: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2 12—1/2 1 Uhr mittags.

Handwerkerfragen.

Wie wir berichteten, haben im preußischen Klassenlandtage, wie alljährlich so auch diesmal wieder, die Handwerker ihre Klagen ertönen lassen und kräftigen Schutz der Regierung verlangt. Besonders wurde die Lage der Bauhandwerker erörtert. Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß im Baugewerbe der Schwindel in einer Weise blüht, daß es selbst in unserer mit Moral wahrlich nicht übersättigten Zeit auffallen muß. Und wie es scheint und allgemein behauptet wird, sind vornehmlich die Handwerker die Leidtragenden dabei. Groß ist die Zahl der Bauten, die alljährlich zur Zwangsversteigerung kommen, und gewaltig sind die Summen, welche dabei als Verluste der Handwerker angegeben werden. Schon in einer einzelnen Großstadt zählen sie nach Hunderttausenden.

Da wir nicht voraussetzen können, daß unseren Lesern der Mechanismus dieses Schwindels bekannt ist, der in aller Oeffentlichkeit mit der größten Sicherheit arbeitet und doch von den Gesetzen nicht gefaßt werden kann, so sei er hier mit kurzen Worten dargelegt. Der eigentliche Schwindler ist der Terrainspekulant. Entweder in Form einer Aktiengesellschaft oder auch auf eigene Hand, kauft er bei Zeiten riesige Terrains und bedient sich dann zu ihrer „Verwertung" mittelloser Bauunternehmer. Das ist die Hauptsache, daß der Bauunternehmer mittellos sein muß; denn nur ein solcher kann die unsinnig hohen Preise bewilligen, die der Terrainspekulant verlangt. Er bezahlt sie ja doch nicht, und bei der Subhastation ist von ihm nichts zu holen. Gesetzlich wird der mittellose Unternehmer nunmehr Eigentümer der Baustelle, tatsächlich behält sie der Terrainspekulant. Denn er bekommt nur eine geringe Anzahlung, der Rest des Kaufpreises wird als erste Hypothek auf das Grundstück eingetragen. Ja der Terrainspekulant geht sogar meist noch weiter und leiht dem Unternehmer bares Geld zum Bauen. Der fängt nun an, kauft Materialien, beschäftigt Arbeiter und Handwerker — bis er eines Tages die Zahlungen einstellt. Nun kommt es zur Subhastation, das Grundstück mit allem, was darauf steht, also mit bedeutender Wertsteigerung fällt an den Terrainspekulanten zurück — und die Handwerker gehen leer aus, soweit sie noch keine Zahlung erhalten haben. Klagen hat keinen Sinn, denn der Spekulant ist ihnen nichts schuldig, und der Unternehmer hat ja nichts. Der Staatsanwalt kann auch nichts machen, denn wie soll er dem Unternehmer beweisen, daß er absichtlich die Handwerker hineingelegt hat?

Dieses edle Spiel ist, wie gesagt, in den Großstädten gang und gäbe, und es ist — nebenbei bemerkt — auch der wahre Grund der unsinnig teuren Mieten. Denn nur durch diesen Schwindel können die Bodenpreise so unsinnig in die Höhe getrieben werden. Ein solider Unternehmer, der wirklich bezahlt, kann sie nicht bewilligen, und so kommt es, daß im Baugewerbe das solide Unternehmertum mehr und mehr durch den Schwindler verdrängt wird.

Unsere Leser werden nun aus unserer Darstellung schon gemerkt haben, daß hierbei die Handwerker selbst keineswegs ohne Schuld sind. Es kam denn auch diesmal im preußischen Abgeordnetenhaus eine neue Note in die Erörterungen, die sonst nur eine Wiederholung dessen waren, was man schon seit Jahren bei diesem Thema gehört hat. Der Handelsminister meinte nämlich, es sei verkehrt von den Handwerkern, immer nur nach Staatshilfe zu schreien, sie könnten sich zu einem großen Teil selbst helfen; warum geben sie denn solchen als mittellos bekannten Unternehmern Kredit?

In der Tat, warum tun sie das? Ein Geheimnis sind die Dinge doch gewiß nicht, die wir geschildert haben. Besonders wer selbst mitten darin steht, muß sie kennen, und die Bauhandwerker kennen sie ganz sicher. Hat doch die Berliner Handwerkerkammer im vorigen Jahre eine Liste von nicht weniger als 868 „unzuverlässigen" Bauunternehmern zusammengestellt. Die Liste soll — nach den Angaben des Handelsministers — etwas übertrieben sein, aber sie zeigt doch, daß die Handwerker ganz gut Bescheid wissen. Anders ist es ja auch gar nicht denkbar. Hat so ein Schwindelunternehmer das Spiel 2- oder 3mal getrieben, so spricht sich das doch herum, und zweifellos kennt ihn dann bald jeder Bauhandwerker seines Platzes. Trotzdem bekommt er immer wieder Kredit. Wie geht das zu? Zweifellos ist das doch nur so zu erklären, daß die Handwerker mit diesen Zuständen rechnen, daß sie sich daran gewöhnt und damit eingelebt haben — mit anderen Worten: sie müssen wohl ihre Arbeit und ihre Naturalien so einrichten, daß sie bei diesem Schwindelgeschäft immer noch ihre Rechnung finden!

So ist es auch in Wirklichkeit. Schon vor Jahresfrist schrieb eine angesehene bürgerliche Zeitschrift, die sich mit den Dingen beschäftigte, daß der Handwerker, der einen Bau übernimmt, von vornherein mit der Möglichkeit rechnet, einen Teil oder auch alles zu verlieren. Folglich ist er genötigt, höhere Preise zu nehmen, schlechtes Material zu verwenden und oberflächlich zu arbeiten. Werden dann auch nur zwei Drittel seiner Forderungen bezahlt, so kann er immer noch zufrieden sein. Die Folgen hat der unglückliche Mieter zu tragen, der für teures Geld eine schlechte Wohnung bekommt.

Auf diese Weise ist denn auch bei den Bauhandwerkern allmählich eine „Auslese zum Schlechten" eingetreten. Wie der solide Bauunternehmer, so ist auch der solide Handwerker mehr und mehr verdrängt worden. Man merkt's den großstädtischen Wohnungen von heute an, daß sie auf solch schwindelhafte Weise zustande gekommen sind.

Es hätte nun wenig Sinn, moralische Betrachtungen über schlechte Bauunternehmer und schlechte Bauhandwerker anzustellen. Praktischen Wert hat nur die Frage, ob sich daran etwas ändern läßt. Durch Gesetze und Strafandrohungen sicher nicht. Alle derartigen Versuche haben sich bisher als unwirksam erwiesen. Die Wurzel des Uebels liegt ja nicht bei den Handwerkern und auch nicht bei den Unternehmern, sondern bei den Terrainspekulanten. Denen das Handwerk zu legen, wäre aber nur möglich, wenn man den Grund und Boden überhaupt der privaten Verfügung entzieht. Es muß sich die Erkenntnis durchringen, daß die Versorgung der Menschen mit Wohnungen — dem elementarsten aller Bedürfnisse — überhaupt nicht ein „Geschäft" sein darf, an dem einzelne Kapitalisten Profit machen, sondern daß es eine soziale Aufgabe, d. h. eine Aufgabe der Gemeinschaft ist. Erst wenn das der Fall ist, wird man den Grund und Boden dem Privatbesitz abnehmen und in den Besitz der Gesamtheit überführen. Erst dann wird er aufhören, ein Spekulationsobjekt zur Bereicherung Einzelner und zum Schaden aller anderen zu sein.

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 5. März 1912.

Keine Lockerung der „bewährten" Zollpolitik!

Im Reichstage nahm nach kleineren Abgeordnetenreden am Montag der Staatssekretär Dr. Delbrück zu einer ausführlichen Besprechung seiner Wirtschaftspolitik das Wort. Man konnte mit einiger Spannung auf diese Darlegung gewartet haben, und das Haus wandte ihr auch eine Aufmerksamkeit zu, die den vorangegangenen Rednern begreiflicherweise gefehlt hatte. Dieses gesteigerte Interesse fand aber nur zu einem geringen Teil Befriedigung. Denn wenn auch der Staatssekretär allerhand gelehrte Ausführungen über die Entwicklung und die Bedürfnisse machte, wie sie aus unserer industriellen Entfaltung erwachsen sind, so durfte er doch nicht die unbedingt nötigen Folgerungen ziehen. Das trifft zu sowohl für seine Angaben über die kommende Handelspolitik, als auch für all die Schlußfolgerungen, die er aus der wachsenden Syndikatsbildung herleitete. Der Staatssekretär hob selbst hervor, daß die hervorragendste Aufgabe der ganzen Wirtschaftspolitik gegenwärtig nicht mehr der Schutz des inneren Marktes sondern die Erhaltung der auswärtigen Absatzgebiete gegenüber der dortigen Konkurrenz des Auslandes ist. Auf die selbstverständliche Folge dieser Tatsache machte ihn schon unser Genosse Sachse bei seiner alsbald folgenden Antwort aufmerksam: die Handelspolitik des Reiches muß eine Aenderung erfahren und eben durch ein Ablenken von dem gewaltigen Zollschutz die Stellung der deutschen Industrie auf den Auslandsmarkt stärken. Der Staatssekretär selbst mag dieses Bedenken wohl empfunden haben, denn er fügte seiner eigenen Feststellung hinzu, daß auch eine freihändlerische Politik Deutschlands das Ausland keineswegs veranlassen würde, seine Tarife nachgiebiger zu gestalten. Diese Behauptung ist durchaus willkürlich und wird auch niemanden zu täuschen vermögen. Es ist vielmehr gar nicht einzusehen, warum nicht bei gemäßigten deutschen Forderungen gelegentlich der nächsten Handelsvertragsverhandlungen auch Konzessionen von den anderen Staaten zu erwirken sein sollten? Es genügt wohl in diesem Zusammenhange an die Repressalien zu erinnern, die seinerzeit als Antwort auf den deutschen Hochschutzzoll von anderen Staaten z. B. gegenüber der deutschen Spielwarenindustrie ergriffen worden sind! Aber der Staatssekretär wollte oder mußte unbedingt sagen, daß das Reich an seiner „bewährten" Wirtschaftspolitik festhalten werde, und er half sich über alle Schwierigkeiten seiner eigenen Logik mit der wiederholten Versicherung hinweg, daß die deutsche Volkswirtschaft die Kraft gehabt habe, alle Komplikationen zu überwinden. Daß auch diese optimistische Schilderung durchaus nicht einwandfrei ist, konnte ihm gleichfalls Gen. Sachse mit einem kurzen Hinweis auf die sicherlich wenig glänzende Lage eines großen Teiles der deutschen Textil-Industrie nachweisen. Auch die Bemerkungen des Staatssekretärs über die Syndikate waren wenig konsequent, so richtig manche seiner Feststellungen gewesen sein mögen. Er konstatierte, daß diese neuen wirtschaftlichen Gebilde vielfach den Charakter von Privatmonopolen angenommen hätten, und er fügte hinzu, er persönlich halte unter Umständen Privatmonopole für gefährlicher als Staatsmonopole. Ja, ihm erscheint die Umwandlung der Privatmonopole in Staatsmonopole als das wahrscheinliche Ergebnis der Entwicklung. Er lehnt aber jede ungeduldige Vollgerichtigkeit mit der bequemen Beruhigung ab, wir seien „noch nicht reif" genug! Man konnte ihm von den sozialdemokratischen Bänken entgegenrufen, daß wir Sozialdemokraten schon längst reif sind.

Genosse Sachse begann seine Rede mit einer kurzen Polemik gegen den Staatssekretär, die wir soeben angedeutet haben. Er wandte sich dann seinem eigentlichen Thema zu und erörterte in ausführlichen und überzeugenden Darlegungen die Behandlung der Arbeiter, vor allem in den Bergrevieren und die Forderung, die sie an die Gesetzgebung stellen. Gegenüber allen Scharfmachern aus dem Hause hob er den Terrorismus hervor, wie er in unerhörter Weise von den Unternehmern ausgeübt wird, und wie er zu einer maßlosen Ausbeutung führt. Er verlangte, daß die Unternehmer und die Regierung den Wünschen der Arbeiter entgegenkommen und so die einzige Möglichkeit schaffen, auf die Dauer den Frieden zu erhalten. Wenn man allerdings diesen Forderungen und den wirklichen Zuständen die Reden entgegenhält, die fast zu gleicher Zeit zu demselben Gegenstand im preußischen Landtag gehalten worden sind, ist wenig Hoffnung berechtigt, daß die Regierung in Deutschland auch nur annähernd so viel Vernunft zeigen wird, wie sie die englische Regierung beweist.

Den Schluß der Verhandlung bildete eine lange, von allgemeiner Unaufmerksamkeit begleitete Zünftlerrede des Zentrumsabgeordneten Irl. Die Debatte findet morgen ihren Fortgang.

Aus allem aber geht klar hervor: **daß die Massen von dieser Regierung eine Erleichterung und Milderung der künstlichen Verteuerung der Lebensmittel nicht zu erwarten haben!**

Die Bergarbeiterbewegung vor dem Landtage.

Das Dreiklassenhaus hatte sich am Montag mit dem Bergetat zu beschäftigen. Selbstverständlich stand die große Bewegung der Ruhrbergleute im Mittelpunkt der Debatte. Ohne daß irgend jemand den christlichen Verband angegriffen hätte, hielt es der Abg. Brust wieder einmal für nötig, den alten Verband und die Sozialdemokratie der „Verhetzung der Bergarbeiter" zu beschuldigen, womit er ja den Beifall der Junker leicht errang. Genosse Leinert, der gleich nach diesem Herrn zu Worte kam, besprach zunächst die Lage der Arbeiter und Beamten in den staatlichen Bergwerken. Er betonte, daß der Staat die Pflicht gehabt hätte, den privaten Unternehmern darin vorzugehen, die Löhne, die seit 1907 ununterbrochen gesunken sind, aus Anlaß der Teuerung zu erhöhen. Sehr bemerkenswert war, was der sozialdemokratische Redner über **die Behandlung der Sicherheitsmänner und die Einschränkung ihres Wirkungskreises sagte. Die im letzten Jahre** auch in den Staatsbergwerken eingeführten Prämien für die Betriebsbeamten bezeichnete er mit Recht als ein Mittel, die Ausbeutung der Arbeiter zu verschärfen, Korruption herbeizuführen und die Beamten um ihr Koalitionsrecht zu bringen. Dann aber zeigte Abg. Leinert die tiefgründigen Ursachen der Gärung im Ruhrrevier auf und er widerlegte dabei die bekannten Argumente der Zechen, die denn auch sogleich der Syndikus des Kohlensyndikats, Abg. Hirsch-Essen in langer Rede vortrug, wobei er die Zustimmung des Zentrums fand, die freilich nicht die der christlichen Bergarbeiter sein dürfte. Handelsminister Sydow, während der Leinertschen Rede rasch herbeigeholt, stimmte in den Jammer des Herrn Hirsch über die Sicherheitsmänner nicht ein, er mußte vielmehr erklären, daß sich die Klagen selbst der Unternehmer vermindert haben. Natürlich wies der Minister weit von sich, etwa gar das Beispiel der englischen Regierung nachahmen zu wollen. Nach einigen belanglosen Scharfmacherphrasen einiger Bürgerlicher vertagte sich das Haus. Dienstag: Fortsetzung.

Das Landtägle aufgelöst!

Aus Rudolstadt kommt die Meldung, daß die Regierung am Montag den schwarzburgisch-rudolstädtischen getreuen Landtag aufgelöst hat. Der formelle Anlaß war die Ablehnung des Wahl„reform"-Gesetzes, doch lagen die Dinge natürlich viel tiefer. Die letzten Wahlen ergaben bekanntlich eine sozialdemokratische Mehrheit, da unsere Partei von den 16 Sitzen der Volksvertretung neun für sich eroberte. Die Mißwirtschaft der Regierung und der bürgerlichen Parteien hatte das Volk gewaltig empört. Den Machthabern war es klar, daß sie die Aufrechterhaltung ihrer Gewalt nur durch eine Wahlentrechtung bewirken können, doch konnte eine so gewagte Sache nicht so brutal ins Werk gesetzt werden. Die Regierung legte also eine „Reform" vor, die die Zahl der Wähler in der Klasse der Besitzendenmandate verringerte und zu diesem Zwecke eine Masse reicher Wähler in die allgemeine Wählerklasse abschob. Dort sollten die Tausentalermänner mit ihren Stimmen und ihrem Einfluß der Sozialdemokratie Abbruch tun. Die sozialdemokratische Mehrheit des Landtages lehnte natürlich diese weitere Verschlechterung des Wahlrechtes und diese gesteigerte Bevorrechtung des allergrößten Besitzes ab, worauf die Regierung den Landtag auflöste. Nun hat das Volk zum zweiten Male zu sprechen. Zweifellos wird ein ganz gewaltiger Regierungsdruck und eine furchtbare „nationale" Hetze durch die bürgerlichen Parteien einsetzen, damit es gelinge, der Sozialdemokratie wenigstens einen oder zwei Sitze abzunehmen. Ob das möglich sein wird, steht noch sehr dahin, da die ganze Aktion der Regierung nicht „populär" genug ist.

Regierung und Kartoffelzoll.

Die Nordd. Allgem. Ztg. bringt am Montag abend eine amtliche Antwort auf die fortwährenden Angriffe der Deutschen Tageszeitung, in denen bestritten wurde, daß dem Bundesrat das Recht zustehe, einen Zoll zu suspendieren. Die amtliche Note wirft zunächst die Frage auf, weshalb diese Verwahrung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120306-18/fragment/page=0001

nicht schon früher erhoben worden sei. Weder im Reichstage noch in der Presse sei das mindeste formelle Bedenken laut geworden, auch bei der Beratung der Interpellationen sei mit keinem Wort die Frage aufgeworfen worden, ob der Bundesrat mit der Suspendierung dieses Zolles seine Befugnisse nicht überschreite. In der Budgetkommission des Reichstags soll durch die Regierung die Angelegenheit noch einmal zur Erörterung gebracht werden. Die Erklärung fährt dann fort:

Es ist nicht richtig, daß der Bundesrat „den Zoll auf Kartoffeln suspendiert" hätte. Der im Zolltarif von 1902 enthaltene Zoll von 1 Mk. ist nach dem ausgesprochenen Willen der gesetzgebenden Faktoren für die Früh kartoffel bestimmt, welche von Mitte Februar ab aus Italien, Malta und Gegenden gleichartigen Klimas, vom Juni ab auch aus nördlicheren Gegenden zu uns zu kommen pflegt. Diesen Zoll berührt der Beschluß des Bundesrats überhaupt nicht; er wird ohne Einschränkung vom 15. Februar ab erhoben. Nur die vorjährige Kartoffel darf bis zum 30. April von den Landesbehörden zollfrei eingelassen werden. Wenn diese geringwertige Kartoffel vermöge der ganz eigenartigen Verhältnisse des laufenden Jahres bei uns ausnahmsweise auch über Mitte Februar hinaus in größeren Mengen Einlaß sucht, so würde es der Absicht des Gesetzgebers direkt zuwiderlaufen, ihr zu dem ungewöhnlich hohen Preise auch noch den Zoll von 1 Mk. für den Doppelzentner aufzuerlegen.

Was schiert das die Agrarier?

Preußische Schneid wird belohnt?

Der Landrat v. Maltzahn im pommerschen Kreise Grimmen, der nicht nur durch den Prozeß des Rittergutsbesitzers Becker, sondern auch durch den Wahlerlaß an die Guts- und Gemeindevorsteher seines Kreises Aufsehen erregte, in dem er aufforderte, „dahin zu wirken, daß nur solche Volksvertreter in den Reichstag entsandt werden, die den Kampf gegen die Umsturzpartei mit aller Kraft im Verein mit der Kgl. Staatsregierung aufzunehmen und durchzuführen Willens sind" — scheint als Landrat ausgespielt zu haben. Nach einer Meldung des Tageblatts für Vorpommern von angeblich zuverlässiger Seite ist die Amtsenthebung des so gewaltigen Herrn zum 1. April bestimmt vorgesehen und als sein Nachfolger werde Herr v. Stumpfeld ernannt.

Wir vermuten, der Herr v. Maltzahn wird, wie einst die Kanalrebellen, mit seiner staatserhaltenden Gesinnung die Treppe hinauffallen. Es wird in der Notiz auch nicht gesagt, daß dieser preußische Junker aus dem Staatsdienst scheidet.

Deutsches Reich.

— **Lehrstühle für soziale Gesetzgebung.** Die Rheinisch-Westfälische Zeitung berichtet:

„Zwischen den Bundesregierungen schweben Verhandlungen, die darauf abzielen, auf allen Universitäten Lehrstühle für soziale Medizin einzurichten, um die Studierenden der Medizin mit den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung und der Arbeiterschutzgesetzgebung und mit den bei der Durchführung dieser Gesetze den Aerzten erwachsenden Aufgaben vertraut zu machen. Im übrigen soll die Reichsversicherungsgesetzgebung in größerem Umfange als bisher als Lehrgegenstand auf den deutschen Hochschulen behandelt werden." — Hoffentlich stimmt das.

— **Die geheimnisvolle Zentrums-Denkschrift.** Die Germania rückt jetzt endlich mit näheren Angaben über die Denkschrift heraus, deren Verfasser noch immer der Oeffentlichkeit unbekannt geblieben ist. Das Zentrumsblatt meint, es könne nur die Broschüre gemeint sein, die unter dem Titel: „Vertrauliche Denkschrift über die neuen Wehrvorlagen und ihre Deckung", den Ministern der Bundesstaaten zugegangen ist. Diese Denkschrift enthalte aber kein Wort, weder für noch gegen eine Erbschaftssteuer, sondern führe nur die Wertzuwachssteuer als eine noch weiter zu erschließende Finanzquelle an. Uebrigens enthalte die Broschüre nichts, was nicht jeder Abgeordnete und jedes Bundesratsmitglied, das sich einigermaßen mit Etatfragen beschäftige, ohnehin wissen müßte.

Es ist aber noch immer nicht klargestellt, weshalb gerade ein Zentrumsmann sich dazu verpflichtet fühlte, die Minister der Bundesstaaten „aufzuklären". Das Zentrumsmitglied muß demnach unbedingt vorausgesetzt haben, daß die Minister der Bundesstaaten sich um das, was im Etat steht, überhaupt nicht kümmern.

— **Verhaftete Spione.** In Frankfurt a. M. sind drei Personen verhaftet worden, die für die französische Regierung Spionage getrieben haben. Sie waren in Paris mit einem Beamten des dortigen Ministeriums des Innern in Verbindung getreten, und erhielten dort die Zusage, daß ihnen für die Lieferung eines Zünders 1000 Mk., für ein Geschoß 3000 Mark, für ein Verschlußstück 5000 Mk. und für die Originalzeichnung eines Geschützes 8000 Mk. bezahlt werden sollte. Man nimmt an, daß noch mehr Personen in die Angelegenheit verwickelt werden dürften.

Oesterreich-Ungarn.

Demonstrationen für das gleiche Wahlrecht veranstaltete am Montag die Budapester Arbeiterschaft. Am Montag vormittag ruhte in Budapest jegliche Arbeit. Der Demonstrationszug umfaßte etwa 100 000 Teilnehmer. Während des Aufmarsches vor dem Parlament waren umfassende polizeiliche und militärische Vorsichtsmaßregeln getroffen. Der Zug war fast drei Kilometer lang, die Menge sang unausgesetzt revolutionäre Lieder und brachte Rufe auf das allgemeine Wahlrecht aus. 2000 Arbeiter, durch rote Armschleifen als Ordner kenntlich, sorgten selber für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Mittags 1 Uhr war der Demonstrationszug beendet. Er verlief vollkommen ruhig.

Rußland.

Die Schreckensjustiz des Blutzaren. Seit etwa drei Wochen findet vor dem Besonderen Gerichtshofe des Senats, demselben Gerichte, das 1907 die sozialdemokratische Dumafraktion unschuldig verurteilt hat, hinter verschlossenen Türen der Prozeß gegen die armenische revolutionäre Partei Daschnakzutjun statt. Seit etwa drei Jahren haben die Angeklagten in den Kerkern geweilt, während dieser ganzen Zeit waren sie ihren Familien entrissen und der Willkür und Grausamkeit der russischen Kerkermeister ausgeliefert worden. Und nun stehen 159 Personen vor dem Ausnahmegericht, meist Angehörige der intelligenten Berufe, Rechtsanwälte, Aerzte, Schriftsteller usw., denen die Regierung die Zugehörigkeit zu der armenischen revolutionären Organisation und schwere Staatsverbrechen inkriminiert. Ueberflüssig zu sagen, daß in diesem Prozeß die typischen Merkmale der russischen Mordjustiz, wie Lockspitzelei, Fälschungen usw. zum Ausdruck gelangt sind. Der Prozeß charakterisiert sich schon dadurch, daß die Verhandlungen aus dem Kaukasus nach Petersburg übertragen worden sind, wo sie ohne welche Rechtsgarantien für die Angeklagten stattfinden. Noch charakteristischer ist es, daß die Untersuchung von dem berüchtigten Untersuchungsrichter Lyshin geführt worden ist, dem das Kriegsgericht während des bekannten Prozesses wegen der „Republik zu Novorossisk" dreißig Urkundenfälschungen nachgewiesen hat. Nach dieser Heldentat hat der Justizminister dem Urkundenfälscher einen höheren Posten verliehen und ihm die Untersuchung in dem jetzt stattfindenden Prozeß übertragen. Er wird auch hier mit ruhigem Gewissen ein Justizverbrechen an den zahlreichen Angeklagten verüben — denn so befiehlt es seine Exzellenz der Justizminister und der höchste Hort der russischen Justiz: die Ochrana und das Polizeidepartement.

Warschau, 4. März. In dem Prozeß wegen der Zugehörigkeit zur polnischen sozialdemokratischen Partei der Stadt Radem wurden 25 Personen zu Zwangsarbeit auf die Dauer von 2 bis 8 Jahren, 23 zur Verbannung nach Sibirien verurteilt. Nur zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Persien.

Das Ende der persischen Selbständigkeit. Die Perser versuchen jetzt, die russisch-englischen Forderungen abzuschwächen, doch werden alle darauf bezüglichen Noten von den Vertretern der beiden Mächte uneröffnet zurückgesandt. Die Annahme dieser Forderungen wird also dieser Tage erfolgen müssen, womit Persien aufgehört haben wird, ein selbständiger Staat zu sein. Die Hauptforderung besteht in der Anerkennung des russisch-englischen Abkommens. Danach soll für alle Fragen in der neutralen Zone beide Mächte, sonst aber jede Macht für ihre Einflußzone allein maßgebend sein. Dritten soll irgendwelcher wirtschaftliche Einfluß nur mit Erlaubnis beider Mächte eingeräumt werden. Als „Belohnung" erhält Persien eine kleine Anleihe, von der aber noch große Abzüge gemacht werden. Die persischen Zeitungen sprechen heute von der Abschaffung aller Ministerien und der Einrichtung eines bloßen Verwaltungsrats, der dann wohl eine russische Leitung erhalten würde. — Während bisher Ausländer in Persien keinen Grundbesitz erwerben durften, tritt seit einigen Wochen eine russische Bank als Erwerber von Dörfern und Gütern auf, denen die Bank Geld geliehen hatte.

Amerika.

Roosevelt als Verschwörer. Im Herbst dieses Jahres finden in den Vereinigten Staaten die Präsidentschaftswahlen statt. Der Kampf hat schon jetzt begonnen. Er wird sich vornehmlich zwischen Taft und Roosevelt abspielen, der gern zum dritten Male Präsident werden möchte. Er ist aber jetzt, wie aus Washington gemeldet wird, arg kompromittiert worden durch politische Enthüllungen, die seine Gegner über ihn selbst verbreiten. In der Senatssitzung vom 1. März verlangte einer der Senatoren von Nebraska Aufklärung über die Vorgänge, die zum **Erwerb der Panamazone durch die Vereinigten Staaten** geführt hätten. Der Senator behauptete, **Roosevelt selbst habe während seiner Amtstätigkeit als Präsident mit den Revolutionären in Panama in Verbindung gestanden, um die Lostrennung Panamas von Kolumbien zu bewirken.** Er verlangte die Vorlegung der gesamten Aktenstücke aus dieser Periode, damit der Senat sich eine eigene Meinung über die damaligen Vorgänge bilden könne. Der Antrag ist selbstverständlich nun dazu eingebracht, um Roosevelt bloßzustellen, da aus internationaler Achtung und mit Rücksicht auf die Regierungen der südamerikanischen Republiken selbstverständlich kaum ein Mann auf den Präsidentensitz erhoben werden kann, der offen der **Teilnahme an einer Verschwörung gegen die Regierung eines Nachbarstaates beschuldigt** werden kann. —

Nun hat Teddy wieder das Wort. Er wird natürlich alles abstreiten, denn darin hatte er schon immer etwas los!

China.

Die neuen Wirren. Im „Reiche der Mitte", wo Unruhen eigentlich eine ständige Erscheinung sind, geht zurzeit wieder alles drunter und drüber. Daß mit Einführung der monarchischen Republik sich die Dinge nicht so plötzlich ändern und auf einmal geordnete Verhältnisse eintreten würden, war vorauszusehen. Und dann fehlt gegenwärtig ja auch eine eigentliche Regierung. Yuanschikai, dem die Präsidentschaft der Republik übertragen wurde, setzt sein altes Doppelspiel fort. Er sitzt in Peking, traut seinen eigenen Soldaten nicht mehr, und weigert sich unter allerlei Ausflüchten noch immer, nach Nanking zu gehen. Dabei scheint, besonders in Tientsin, die Lage dadurch ernster geworden zu sein, daß das Leben der Fremden gefährdet ist. In Tientsin ist bei den Unruhen ein deutscher Arzt, ein aus Dortmund gebürtiger Dr. Schreyer, von einem chinesischen Polizisten erschossen worden. In Paotingfu sollen mehrere englische und amerikanische Missionare getötet worden sein. Man schätzt die Zahl der bei den letzten Unruhen in Tientsin ums Leben Gekommenen auf einige hundert. Auf beiden Seiten des Flusses ist eine Feuersbrunst ausgebrochen. Die revoltierenden Truppen von Peking, die sich auf dem Marsche nach Tientsin befanden, sind 5 Kilometer vor der Stadt angekommen. Die Erregung unter ihnen ist eine sehr große; alle sind von ihrer Sache begeistert. Man befürchtet, daß sich während der Nacht ernste Ereignisse zutragen werden. Die Konsuln sind davon verständigt worden, daß die Aufständischen die Absicht haben, einen Angriff auf die ausländischen Besitzungen zu unternehmen. Sie haben von dem Kommandanten der Truppen verlangt, die notwendigen Maßregeln zu treffen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten.

Die Großmächte haben Truppenverstärkungen nach Tientsin und Peking gesandt. Achthundert ausländische Truppen patrouillieren in Peking in der Umgebung der Gesandtschaften, um diese zu schützen. Durch die Anwesenheit von 3000 ausländischen Truppen, die in Peking eingetroffen sind, haben sich die Gemüter der Bürger etwas beruhigt. 5000 japanische Truppen treffen in diesen Tagen in Tientsin ein. 100 Hinrichtungen haben in Peking stattgefunden. Die Regierung hat es vermieden, Soldaten in Uniform hinzurichten, da sie befürchtet, daß durch ein solches Vorgehen die anderen Soldaten aufgereizt würden.

11] **Chadschi-Murat.** [Nachdr. verb.

Roman von Leo Tolstoi.

In diesem Augenblick rauschte Maria Wassiljewna ins Zimmer, und hinter ihr her kam eine kleine ältliche Dame von kleinem Wuchse und bescheidenem Aussehen herein — es war die Gattin Meller-Zakomelskijs.

„Nun, lassen Sie schon gut sein, Baron — Simon hat nicht einen Augenblick daran gedacht, Ihnen irgendwelche Unannehmlichkeiten zu bereiten," sagte Maria Wassiljewna.

„Das habe ich auch nicht behauptet, Fürstin . . ."

„Seien wir friedlich, General! Sie wissen: besser ein magerer Friede als ein fetter Streit. Das ist wenigstens meine Meinung," versetzte sie lächelnd.

Der ergrimmte Krieger vermochte dem bezaubernden Lächeln der schönen Frau nicht zu widerstehen. Unter seinem mächtigen Schnurrbart zuckte gleichfalls ein Lächeln.

„Ich gebe zu, daß ich nicht richtig gehandelt habe," sagte Woronzow, „indes . . ."

„Na, und ich habe mich hinreißen lassen," versetzte Meller und reichte dem Fürsten die Hand.

Der Friede war wieder hergestellt, und es ward beschlossen, daß Chadschi-Murat einige Zeit unter Mellers Obhut bleiben und dann dem Befehlshaber des linken Flügels, General Kosłowskij, übergeben werden sollte. Chadschi-Murat hatte, während die beiden Offiziere miteinander stritten, im anstoßenden Empfangszimmer gesessen, und wenn er auch nicht verstand, was gesprochen wurde, so begriff er doch, daß sein Abfall von Schamyl für die Russen von großer Bedeutung war, und daß er, wenn sie ihn nicht verschickten oder töteten, für seinen Uebertritt einen hohen Preis fordern könne. Er hatte auch begriffen, daß Meller-Zakomelskij, obschon er den höheren Rang bekleidete, doch nicht den gleichen Einfluß wie der ihm untergebene Woronzow besaß, daß er sich daher an Woronzow und nicht an Meller-Zakomelskij zu halten habe. Als nun Meller-Zakomelskij Chadschi-Murat vor sich beschied und ihn über seine Absichten und Pläne befragte, nahm Chadschi-Murat eine feierlich-stolze Haltung an und sagte, er sei aus den Bergen niedergestiegen, um dem weißen Zaren zu dienen, und werde alles Weitere mit dem „Sardar", dem Oberstkommandierenden, Fürsten Woronzow in Tiflis, verabreden.

7.

Die Kameraden hatten den verwundeten Awdjejew nach dem Lazarett gebracht, das in einem kleinen, mit Brettern gedeckten Hause am Eingange der Festung lag. Sie hatten ihn dort in dem gemeinsamen Krankensaal auf eins der freien Betten gelegt. In dem Saale befanden sich vier Kranke; einer von ihnen litt am Typhus und hatte ein glühend rotes Gesicht, ein zweiter war bleich, hatte dunkle Ringe um die Augen und gähnte beständig in Erwartung eines Fieberanfalles, und die beiden letzten waren bei einem drei Wochen vorher stattgehabten Ueberfall bleßiert worden: der eine hatte einen Schuß durchs Handgelenk bekommen und ging umher, während der andere im Rücken verwundet war und auf seinem Bett saß. Alle, bis auf den Typhuskranken, umringten den neu Hereingebrachten und fragten die Träger aus.

„Manchmal kommen die Kugeln so dicht, als wenn Erbsen gesät würden, und keiner wird getroffen, und diesmal sind höchstens fünf Schüsse gefallen, und da hatte er auch schon was weg," erzählte einer der Soldaten, die Awdjejew gebracht hatten.

„Wenn's eben beschieden ist . . ."

„Oh, oh!" ächzte Awdjejew, obschon er den Schmerz zu verbeißen suchte, laut auf, als er auf das Bett gelegt wurde. Sobald er niedergelegt war, zog er die Brauen finster zusammen und stöhnte nicht mehr, nur seine Fußsohlen zuckten beständig. Er hielt die Hände auf der Wunde und blickte starr vor sich hin. Der Arzt kam und ließ den Kranken umwenden, um zu sehen, ob die Kugel nicht am Rücken herausgekommen sei.

„Was ist denn das?" fragte der Arzt und zeigte auf eine Anzahl langer weißer Narbenstreifen, die sich kreuzend über den Rücken und das Gesäß des Verwundeten hinliefen.

„Das ist von früher, Euer Hochwohlgeboren," brachte Awdjejew mühsam hervor.

Es waren die Narben, die von der Spießrutenstrafe herrührten, der er damals, als er das Geld vertrunken hatte, unterzogen worden war.

Awdjejew wurde wieder auf den Rücken gelegt, und der Arzt stocherte eine ganze Weile mit der Sonde in seinem Leibe herum, bis er die Kugel endlich gefunden hatte. Doch wagte er nicht, sie herauszuholen, sondern begnügte sich damit, die Wunde zu verbinden und ein Pflaster darauflegen, worauf er sich entfernte.

Während die Wunde untersucht und verbunden worden war, hatte Awdjejew mit aufeinandergepreßten Zähnen und geschlossenen Augen dagelegen. Als der Arzt sich entfernt hatte, öffnete der Verwundete die Augen und blickte erstaunt um sich. Seine Blicke waren nach den Kranken und dem Feldscher gerichtet, doch schien er sie nicht zu sehen, sondern auf etwas anderes, das ihn in Erstaunen setzte, zu schauen.

Der Unteroffizier Panow kam mit einem zweiten Kameraden namens Seregin, um nach ihm zu sehen. Awdjejew blieb liegen, ohne sich zu rühren, und schaute nur immer voll Erstaunen vor sich hin. Seine Augen waren zwar auf die Kameraden gerichtet, doch konnte er sie lange nicht erkennen.

„Willst du nicht eine Nachricht nach Hause schicken, Petra?" fragte ihn Panow.

Awdjejew sah ihn an, ohne zu antworten.

„Ich frage dich, ob du nicht die Deinigen benachrichtigen willst", fragte Panow noch einmal und berührte seine kalte, knochige Hand.

Da erst schien Awdjejew zum Bewußtsein zu erwachen.

„Du bist es . . . Antonitsch?" fragte er mit matter Stimme.

„Ja. Ich wollte dich fragen, ob du nicht den Deinigen eine Nachricht schicken möchtest. Seregin wird den Brief schreiben."

„Du wirst schreiben . . . Seregin . . ." sagte Awdjejew, während er seine Augen mühsam nach Seregin wandte. „Schreib so: „Euer Sohn Petrucha . . . wünscht euch . . . langes Leben." Ich hab' den Bruder . . . beneidet . . . hab's dir ja gesagt . . . Und jetzt bin ich froh . . . er lebt . . . und mag weiterleben. Gott segne ihn, ich bin froh . . . Schreib das."

Dann schwieg er eine ganze Weile und sah Panow an.

„Hast du . . . den Pfeifenkopf gefunden?" fragte er plötzlich.

Panow antwortete nicht sogleich.

„Den Pfeifenkopf, den Pfeifenkopf, sag' ich . . . hast du den gefunden?" wiederholte Awdjejew.

„Ja, er war in meinem Quersack."

„So, so . . . Nun, jetzt reicht mir eine Kerze . . . ich werde gleich sterben," sagte Awdjejew.

In diesem Augenblick trat Poltorazkij in den Krankensaal, um nach seinem Soldaten zu sehen.

„Nun, Bruder, wie geht es dir? Nicht zum besten?" begann er.

Awdjejew schloß die Augen und schüttelte den Kopf. Sein knochiges Gesicht war bleich und hatte einen strengen Ausdruck.

Er antwortete nicht auf die Frage des Vorgesetzten, sondern wiederholte nochmals, zu Panow gewandt:

„Gib mir . . . eine Kerze, ich werde sterben."

Man gab ihm eine brennende Kerze in die Hand, doch seine Finger schlossen sich nicht mehr, man mußte ihm die brennende Kerze zwischen die Finger schieben und sie da festhalten. Poltorazkij ging hinaus, und fünf Minuten später legte der Feldscher das Ohr an Awdjejews Herz und erklärte, daß er tot sei.

In dem Berichte, der über die Affäre an den Oberstkommandierenden nach Tiflis gesandt wurde, ward auch Awdjejews Tod erwähnt. Die betreffende Stelle lautete:

„Am 23. November verließ die zweite Kompagnie des Kurinischen Regiments die Festung, um im Walde Holz zu schlagen. Am hellichten Tage griff plötzlich eine ansehnliche Schar von Bergbewohnern die bei der Arbeit befindlichen Soldaten an. Die Vorposten zogen sich zurück, worauf die zweite Kompagnie den Feind mit dem Bajonett angriff und zurückschlug. Diesseits wurden zwei Soldaten leicht verwundet und einer getötet. Die Bergbewohner verloren gegen hundert Mann an Toten und Verwundeten." (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120306-18/fragment/page=0002

Aus der Partei.

Bereitwilligkeit zum Hofgange?

Die bayerische bürgerliche Presse stellt fest, daß sich die bayerische sozialdemokratische Landtagsfraktion bereit erklärt, bei etwaiger Wahl eines ihrer Mitglieder zum zweiten Vizepräsidenten zu Hofe zu gehen. In den Meldungen heißt es:

Die Liberalen hatten für sich die Stelle des ersten Vizepräsidenten beansprucht, die Sozialdemokraten wollten den zweiten Vizepräsidenten aus ihren Reihen stellen; dabei hatten sich die Sozialdemokraten bereit erklärt, alle politischen Verpflichtungen, die mit einer solchen Stellung verbunden sind, insbesondere die Vorstellung beim Regenten mit zu übernehmen; nur in bezug auf sonstige Besuche des Direktoriums bei Prinzen und Prinzessinnen hatten sie Vorbehalte gemacht.

Unsere bayerischen Parteiblätter haben diesen Meldungen nicht widersprochen. Da die Mehrheit der bayerischen Fraktion unter allen Umständen entschlossen ist, die sogenannte „Großblocktaktik" gegen das Zentrum mitzumachen, so ist eine Verpflichtung zur Hofgängerei nichts weiter als eine „konsequente" Folge des innigen Zusammengehens mit den Liberalen. Ein Schritt folgt dem andern. Wie weit und wohin man in Bayern ohne den Kompaß einer grundsätzlichen Klassenkampftaktik treiben wird, werden wir ja durch die Erfahrungen lernen.

Die Befreiung der Frau durch den Sozialismus.

Dieses Thema wurde am Sonntag nachmittag in sieben überaus gut besuchten Versammlungen in Berlin behandelt, und zwar aus Anlaß der sogenannten Frauentagungen der bürgerlichen Frauenorganisationen. In allen Versammlungen wurde einstimmig die folgende Resolution angenommen:

Die Versammelten erklären, daß sie allein in der sozialdemokratischen Partei und in den Freien Gewerkschaften ihre politische und wirtschaftliche Interessenvertretung und Kampforganisation sehen. Als kapitalistisch Ausgebeutete haben sie mit den Männern ihrer Klasse das gleiche Interesse an der Bekämpfung und Niederringung des Kapitalismus. Erst die Beseitigung des Privateigentums an allen Produktionsmitteln und die Sozialisierung der Gesellschaft wird die wirtschaftliche und geistige Befreiung der Frau bringen. Sie wird erst die Vorbedingung schaffen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit der Frau und für das volle Menschentum des Weibes. Eine tiefe unüberbrückbare Kluft trennt deshalb die proletarische und bürgerliche Frauenbewegung voneinander; denn im harten Ringen mit Frauen und Männern der besitzenden Klasse vollzieht die Arbeiterklasse ihren Aufstieg und wird sie ihre endliche Befreiung durchsetzen.

Die Einberufung des italienischen Parteitages.

Angesichts der durch die Spaltung der Parlamentsfraktion geschaffenen Sachlage hat der italienische Parteivorstand beschlossen, in der kürzesten statutengemäßen Frist von drei Monaten einen Parteitag einzuberufen, der somit Anfang Juni zusammentreten wird. Als Ort der Tagung ist Reggio Emilia gewählt worden. In der gemeinsamen Sitzung, die am 28. Februar Parteivorstand und Parlamentsfraktion abhielten, erklärte Bissolati seinen Austritt aus der Fraktion und begründete ihn damit, daß seine Person der Hauptanlaß der heutigen Spaltung sei. Es wurde dann eine Tagesordnung Canepa angenommen, die die Neugründung einer einzigen Parlamentsfraktion festsetzt, wobei in Erwartung der Beschlüsse des kommenden Parteitages die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit als Grundlage der neuen Fraktion gilt.

Gewerkschaftliches.

Zur Lohnbewegung der Ruhrbergarbeiter.

4000 Mann im Streik!

Die Bergarbeiter der Zechen Kaiserstuhl und Scharnhorst bei Dortmund haben Montag früh, zirka 4000 Mann, die Arbeit niedergelegt. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes warnt in einem sofort an die Bergarbeiter erlassenen Aufruf vor solchen unüberlegten Arbeitseinstellungen und er mahnt zur Einigkeit. Der Aufruf lautet:

„Ein bedauerlicher Disziplinbruch ist heute früh auf den Zechen Kaiserstuhl und Scharnhorst vorgekommen. Entgegen den Beschlüssen und Aufforderungen der Organisationsleiter haben dort zirka 80 Prozent der Belegschaft die Arbeit niedergelegt. Die Belegschaft begründet diese disziplinwidrige Handlung damit, daß ihr Lohnabzüge gemacht worden seien, wo Lohnerhöhungen notwendig sind. — Sei dem, wie dem wolle, wenn wir auch die Erbitterung der Arbeiter über das provokatorische Verhalten der Zeche verstehen, so ist es dennoch unter keinen Umständen zu billigen und kann den Erfolg der Lohnbewegung geradezu aufs Spiel setzen, daß die Arbeiter auf eigene Faust die Arbeit niedergelegt haben. Wir fordern daher die Arbeiter aller Zechen auf, dieses böse Beispiel nicht nachzuahmen, sondern ruhig ihre Arbeit zu versehen, bis die Organisationsleitungen in Gemeinschaft mit den Vertrauensleitungen der Reviere entschieden haben. Nur Einigkeit und eiserne Disziplin kann zum Ziele führen. Disziplinwidrigkeit und Uneinigkeit sind die schlimmste Gefahr für unsere Organisation und unsere gerechte Sache. Darum, Kameraden, folgt den Anordnungen der Organisationsleitungen und sorgt dafür, daß wir in vollster Einigkeit und Geschlossenheit handeln können."

•

Bürgerlicher Zeitungsschwindel.

Die bürgerliche Presse weiß von einer „Geldhilfe der deutschen Sozialdemokraten" oder einer „Geldhilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaften Deutschlands" für die englischen Bergarbeiter zu melden. Eine halbe Million Mark soll den Engländern als Streikunterstützung überwiesen worden sein. Der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, Genosse Sachse, hat in einer Erklärung schon dem Berliner Tageblatt mitgeteilt, daß daran kein wahres Wort ist. Wir können zum Ueberfluß dem noch hinzufügen, daß auch der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften von dieser Streikgelderbewilligung nichts bekannt ist. Kein Mensch in den deutschen Gewerkschaften denkt daran. Die englischen Bergarbeiter bedürfen der deutschen finanziellen Hilfe nicht, und wenn sie ihrer bedürfen, könnten sie Gelder von Deutschland jetzt nicht erwarten. Das muß jeder halbwegs vernünftige Mensch in der jetzigen Zeit einsehen, nur die bürgerlichen Zeitungsschreiber übersehen das geflissentlich, sonst würde ihnen ja das Konzept verdorben, um den blöden Nachweis führen zu können, daß die deutsche Bewegung nur eine Sympathiebewegung für die Engländer sein soll.

Der Generalstreik der englischen Bergarbeiter.

Der Riesenkampf, der sich gegenwärtig in England abspielt, und der bereits 1½ Millionen Arbeiter umfaßt, zieht täglich weitere Kreise. In London beginnt die Entlassung von Arbeitern in den infolge des Kohlenstreiks lahmgelegten Fabriken bereits bedrohliche Dimensionen anzunehmen. Ueber 200 000 Mann, die in verschiedenen Industrien tätig sind, werden gezwungen sein, zu feiern.

Auf die Haltung der Regierung ist man gespannt. Bei der gegenwärtigen Stimmung der Bergarbeiter ist der Erfolg einer bloßen Minimallohnbill ohne Lohnsätze sehr fraglich. Möglicherweise entscheidet Asquith dafür, die Verhandlungen fortzusetzen, aber noch keine eingreifenden Maßregeln einzuführen, weil er bei den Arbeitern auf eine Reaktion gegen die Kampfflut stößt.

Die Bergarbeiter sind heute sicherer denn je, daß ihr Kampf erfolgreich sein wird und daß sie die in unserer Liste angeführten Lohnsätze erringen werden. Sie sind höchst enthusiastisch und sind der Ansicht, daß ihre Forderungen so bescheiden sind, daß von einem Fehlschlage ihrer Bewegung nicht die Rede sein kann.

•

Die Solidarität der Eisenbahner.

London, 4. März. Die großen Eisenbahngesellschaften sind nicht mehr in der Lage, mit voller Sicherheit auf ihr Personal rechnen zu können, und mehr als ein Anzeichen spricht dafür, daß binnen kurzem ein Eisenbahnerstreik ins Leben gerufen werden wird. Annähernd 700 000 Eisenbahner sind zurzeit auf dem englischen Eisenbahnnetz beschäftigt. Ein großer Teil von ihnen ist organisiert, und die größte und mächtigste Organisation, die der Lokomotivführer, erwägt bereits die Möglichkeit eines Sympathiestreiks. Auf jeden Fall haben die Lokomotivführer bereits erklärt, daß sie keinerlei Militärzüge in das Streikgebiet befördern würden, und auch Kohlentransport ist von ihnen offiziell als Streikarbeit erklärt worden.

•

Sympathiestreik der französischen Bergarbeiter.

Aus Paris wird uns gemeldet: Die französischen Bergleute beginnen ebenfalls sich an der Bewegung zu beteiligen. Die Kameraden des Loire-Kohlengebiets haben als Sympathiekundgebung für die englischen und deutschen Bergleute für den 11. März einen 24stündigen Generalstreik beschlossen. Die Bergleute von Pas de Calais und des Nord-Beckens werden einer Mitteilung der Humanité zufolge wahrscheinlich den Sympathiestreik beschließen, dabei aber die Forderung stellen, daß die Alterspension für Bergleute auf 730 Frank erhöht wird. — In Ergänzung zu dieser Meldung wird noch aus Paris berichtet: 25000 Bergarbeiter des Bezirkes von Carmoux haben beschlossen, am 11. d. M. in einen 24stündigen Ausstand zu treten zu dem Zwecke, bessere Bedingungen für das Altersrentengesetz zu erzielen.

Generalaussperrung im Schneidergewerbe?

Nach dem letzten Schriftwechsel zwischen den Vorständen beider Verbände mußte es den Anschein erwecken, daß es zu nochmaligen Verhandlungen kommen sollte. Der Wind ist im Unternehmerverbande plötzlich völlig umgeschlagen, wie nachstehendes Schriftstück zeigt, das der Unternehmerverband an den Zentralvorstand des Schneiderverbandes sandte:

2. März 1912.

Den Eingang Ihres Schreibens vom 1. cr. bestätigend, teilen wir Ihnen mit, daß wir mit Rücksicht auf die vollständige Uebereinstimmung hinsichtlich der Auslegung des § 12 des Generalvertrages auf einen weiteren Schlichtungsversuch verzichten. Unser vorgestern gestellter Antrag ist somit hinfällig. Wir zeigen Ihnen gleichzeitig an, daß die von unserem Hauptvorstand in seiner Sitzung vom 26. Febr. beschlossene Generalaussperrung am 9. März zur Durchführung kommt.

Hochachtend

Der geschäftsführende Vorstand des Allgemeinen deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe.

Ob diese Drohung mit der „Generalaussperrung" mehr als ein bloßer Schreckschuß ist, wird sich ja bald zeigen. Im übrigen würden die Herren mit der Aussperrung kaum noch viel erreichen, denn in fast allen Städten hat ein sehr großer Teil der Firmen die Forderungen der Schneidergesellen bereits durch Unterschrift anerkannt.

Streik auf den Schichau-Werften in Danzig und Elbing!

Am 1. März trafen die organisierten Arbeiter der Seeschiffswerften der Firma Schichau in Danzig und Elbing in vier Versammlungen die Entscheidung über die weiteren Schritte, die in der Lohnbewegung zu unternehmen sind. Die Forderungen einzureichen war, wie schon gemeldet, am vergangenen Montag beschlossen worden. Das Verhalten der Firma zu diesen Forderungen ist recht ostelbisch. Man ist es ja gewohnt, daß die Unternehmer den Herrenstandpunkt einnehmen, aber daß eine Firma den Arbeitern das zu bieten wagt, was die Firma Schichau (Direktoren Geheimrat Ziese und Carlson) getan hat, ist denn doch unerhört. Viele deutsche Arbeiter werden es kaum begreifen, wie es möglich ist, derartig niedrige Forderungen zu stellen. Schier unbegreiflich erscheint es, daß um einen Einstellungslohn von 30 Pf. pro Stunde gestreikt werden muß. Daher muß hier mit einigen Worten auf die Arbeitsverhältnisse bei der Firma Schichau eingegangen werden. Verlangt werden als Hauptforderungen: 1. Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden, 2. Einführung von Einstellungslöhnen für alle Branchen, die zwischen 30 und 45 Pf. Stundenlohn haben, über 40 Pf. nur bestqualifizierte Arbeiter, wie Schiffbau-, Schirrmeister, Kupferschmiede usw., 3. Regelung der Akkordarbeit, 4. höhere Bezahlung der Ueberstunden und der Nacht- und Sonntagsarbeit, 5. wöchentliche Lohnzahlung am Freitag, 6. Einsetzung von Arbeiterausschüssen. Diese Arbeitsbedingungen lehnte die Firma Schichau glatt und schroff ab.

Das war die Kriegserklärung! Obwohl in Danzig und Elbing die Arbeiter noch recht wenig Erfahrungen auf gewerkschaftlichem Gebiete haben, war diese Art der Erledigung ihrer Forderungen denn doch geeignet, die Entrüstung derart zu steigern, daß fast einhellig die Arbeitseinstellung beschlossen wurde.

Aus der Provinz.

Eisleben. Wieder eine Steuererhöhung. Der Entwurf des städtischen Haushaltsplanes für 1912, der gegenwärtig auf dem Rathause zu jedermanns Einsicht öffentlich ausliegt, schließt in Einnahme und Ausgabe mit 911 900 Mark gegen 860 000 Mark im Vorjahr ab. Unter Voraussetzung der Genehmigung des Steuerzuschlagsvertrages mit der Gewerkschaft, wonach diese für die nächsten vier Jahre jährlich 50 000 Mark Gewerbe- und Einkommensteuer zu zahlen hat, mußte die Erhöhung der Zuschläge zur Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer von 240 auf 245 Prozent, und zur Einkommensteuer von 210 auf 225 Prozent vorgesehen werden. Begründet wird diese Maßnahme mit der ständig sinkenden Steuerkraft und der ständig sinkenden Einwohnerzahl der Stadt Eisleben. Vielleicht erfahren wir gelegentlich auch mal von der Kreisblattpresse, warum die Steuerkraft der Bevölkerung noch immer ständig sinkt. Wir wissen's schon lange. Solange man im Reiche an der verkehrten Wirtschaftspolitik festhält, die alle Lebensbedürfnisse durch Wucherzölle und unerschwinglich hohe Steuern enorm verteuert, kann der größte Teil der Bevölkerung nicht steuerkräftig werden. Hinzu kommt noch, daß die Bergarbeiter für ihre gefahrvolle Arbeit fast nirgends so schlecht entlohnt werden, als gerade in Mansfeld.

Mansfeld. Bürgermeister Schlimbach als Oberbürgermeisterkandidat. Die Bürger der großen Seestadt Kiel sind gegenwärtig auf der Suche nach einem neuen „Ober". Neben einer ganzen Reihe von jetzigen Oberbürgermeistern großer Städte hat sich auch unser Stadtoberhaupt Bürgermeister Schlimbach um den Posten beworben. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat Herr Schlimbach nicht die geringste Aussicht, in die engere Wahl zu kommen, was beim Stadtrat Pusch aus Halle, der ebenfalls auf der Bewerberliste steht, eher möglich erscheint. Die Mansfelder Bürgerschaft mag sich also beruhigen, Herr Schlimbach bleibt ihr vorläufig ganz sicher noch erhalten.

Wittenberg. Rohe Burschen. In den Anlagen am Eunicke-Denkmal sind in einer der letzten Nächte sieben junge Lebensbäume vernichtet worden. Es gehört eine große Portion Roheit dazu, um seine Kraft in solcher Weise zu betätigen. Nach den Tätern wird eifrigst geforscht.

— Verschwunden ist nach Unterschlagung mehrerer hundert Mark der Reisende Alwin K.

Torgau. Vortragskursus. Der nächste Vortrag über das Parteiprogramm findet nicht Mittwoch, sondern Donnerstag statt, weil Mittwoch abend die Krankenkassenvertreter-Versammlung stattfindet.

— Eine Protestversammlung gegen die Polizeibevormundung fand am Sonntag hier statt. Etwa 450 bis 500 Menschen hatten sich eingefunden, um zu protestieren gegen das Vorgehen der Torgauer Polizeiverwaltung anläßlich der aufgelösten Turnversammlung. An Stelle des plötzlich verhinderten Reichstagsabgeordneten Dr. Liebknecht, hatte Stadtverordneter Genosse Bock-Bitterfeld das Referat übernommen. Die Polizeiverwaltung hatte außer der üblichen „Ueberwachung" einen Stenographen entsandt. Nachdem Genosse Vietz kurz die Veranlassung der Versammlung rekapituliert hatte, gab Genosse Bock in eineinhalbstündiger Rede eine treffende Antwort auf das Vorgehen der Polizeiverwaltung. Sein Referat, gewürzt mit beißendem Humor und oft unterbrochen von stürmischem Beifall, war auch ein Beitrag zur proletarischen Jugenderziehung. Besonders scharf ging er mit der „nationalen" Jugendpflege in Torgau ins Gericht. Er schilderte, wie er bei seinem Gange nach dem Versammlungslokal Gelegenheit hatte zu sehen, wie die sogenannte Jugendwehr in ihrer merkwürdigen Uniform, voran ein 17jähriger „Feldwebel" mit langem Säbel in den „Krieg" ausrückte. Langanhaltender, stürmischer Beifall am Schlusse seines Referats waren der Dank für seine vortrefflichen Ausführungen. Hierauf ersuchte der Vorsitzende diejenigen, die noch nicht politisch und gewerkschaftlich organisiert seien, dies heute nachzuholen, ebenso ersuchte er die Versammelten, eifrige Leser des Halleschen Volksblattes zu werden. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie fand die imposante Kundgebung ihr Ende. Eine Reihe neuer Volksblatt-Abonnenten und Neuaufnahmen in die Partei, war der Erfolg der Protestversammlung.

Prettin. Langfinger. Der Strafgefangene Dreyer hatte bei seiner Ueberführung in das Zuchthaus Lichtenburg einen Verlobungsring eingeschmuggelt und ihn in seinem Gebetbuch verborgen gehalten. Er hatte dies dem 30 Jahre alten Arbeiter Wilhelm Ludwig verraten, der einen unbewachten Augenblick benutzte, sich den Ring anzueignen. Er hatte sich dieserhalb vor der Torgauer Strafkammer wegen Diebstahls im Rückfalle zu verantworten. Er war geständig; das Gericht verurteilte ihn zu 1½ Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Naumburg. Vom Schwurgericht. Ein vorzeitiges Ende erreichte die erste diesjährige Schwurgerichtsperiode dadurch, daß der am Dienstag abzuurteilende Angeklagte, Gefängnisführer Karl Friedrich Ehrt aus Markranstedt, sich im Gefängnis erhängt hatte. Am Montag wurde der 60jährige Invalide Karl Wartmann von hier wegen Hausfriedensbruches und Vornahme unzüchtiger Handlungen im einheitlichen Zusammenhange mit tätlicher Beleidigung zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. W., der ein Sklave des Schnapses geworden war, hatte nur zwei Mark Armenunterstützung pro Woche und erhielt als früherer Jäger sein Mittagessen in der Jägerkaserne, war eines Nachts im September in die Stube einer ebenfalls 60jährigen, sehr schwerhörigen Frau eingestiegen und hatte einen Notzuchtsversuch verübt. Er war in der Provinzialheilanstalt Altscherbitz auf seinen Geisteszustand beobachtet worden. Seine klaren, bestimmten Antworten machten es dem Sachverständigen mit seinem auf Altersblödigkeit lautenden Gutachten nicht leicht. Selbst die Möglichkeit, die er aussprach, daß die freie Willensbestimmung bei der Tat gefehlt haben könne, vermochte den Schuldspruch nicht abzuwenden.

Kaffeemischung Malzkaffee
wird von allen Malzkaffees
am meisten gekauft.
Der Erfolg macht's!

Pelikan-Caramel-Schwarzbier ist erhältlich in fast allen einschlägigen Geschäften. Preis per Flasche 15 Pfg., bei 20 Flaschen 2.80 Mk. frei Haus. — Proben gratis. —
Heinrich Müllers Wwe., Schwemme-Brauerei. Fernspr. 1318.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191203 06-18/fragment/page=0003

Wer kann dafür?
dass im
Walhalla-Theater
täglich ausverkauft ist?
Der unverwüstliche Schlager, die
Polnische Wirtschaft
Karten schon 3 Tage vorher zu haben.
Tageskasse im Walhalla von 10—1½ und 4—6 Uhr.

Arbeit.-Radfahrer-Verein
Halle a. S. und Umgebung.
Freitag den 8. März 1912
abends punkt 8½ Uhr im Volkspark

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Anträge zum Bezirkstage.
2. Wahl der Delegierten.
3. Wichtige Vereins-Angelegenheiten.

Der Wichtigkeit halber müssen sämtliche Abteilungen erscheinen.
Der Vorstand.

Oberröblingen a. See.

Den geehrten Einwohnern von Oberröblingen und Umgegend die ganz ergebene Anzeige, daß ich die früher

Klages'sche Gastwirtschaft

käuflich übernommen habe. Es wird mein Bestreben sein, durch saubere, reelle Bedienung sowie durch **gute Speisen und Getränke** mir die Zufriedenheit aller mich zu beehrenden Gäste zu erwerben.
Hochachtungsvoll **Wilhelm Krause,**
Logis zu billigsten Preisen. Bohrmeister a. D.

Dr. Thompson's Seifenpulver
(Schutzmarke Schwan)
ist garantiert frei von Chlor, Wasserglas und sonstigen scharfen Bestandteilen, daher für die Wäsche
unschädlich

Nähmaschinen
aller Systeme, ff. Fabrikate von 60 Mark an.
Auf Wunsch günstige Zeitzahlung
::: bei kleiner Anzahlung. :::
Reparaturen schnell und billig.
Karl Möller, Brüderstraße 9a, am neuen Amtsgericht.

× Pferdestall (f. 1 Pf.) mit od. o.
× Wohn. z. 1./4. Lessingstr. 10, I.

---

von **1.90** Mk. an.
Spül-Apparate
für Frauen,
reichhaltige Auswahl,
beste Fabrikate.
Hugo Nehab
Nachf.,
Gr. Ulrichstr. 27,
obere Leipzigerstr. 66.
Auf Firma u. Hausnummer bitte genau zu achten.

---

von **3.00** Mk. an.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.
5% in Rabattmarken.

Eierbecher
in Nickel und Porzellan
sehr billig bei
C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90. M. d. R.-Sp.-V.

Richard Flemming,
Halle a. S., Schmeerstraße 22.
— Optische Anstalt. —
Große Auswahl, billigste Preise!

Abbruch!
Ludwig Wuchererstr. 2
(Landwirtschaftl. Institut)
sind Dachziegel, Latten, Korridorverschlüsse, Glas- u. Stubentüren, gr. Posten Fenster, dar. 1 bis 2 m l. Schefb., Treppen, gef. Bauholz, Bretter, Dampfheizungs-Rohre, T-Träger, äuß. Fensterläden, Linoleum, Bruchsteine, 60 000 Mauersteine, Brennholz u. viel. mehr billig zu verkaufen.
G. Lindner.

Ziegen-, Hasen- u. Kaninchen-**Felle** kaufen
Gebr. Danglowitz,
Fischerplan 2.

+ Frauen. +
Sichere Hilfe bei Störung und Stockung der Periode.
Stärke I M. 4, II M. 6.50, III M. 8, sowie sämtl. hygienische Bedarfsartikel billigst.
Fil.-Dep. Dr. Conrad Scheidig,
Halle a. S., Grafenweg 3a. p. l.
Damenbedienung. Rückporto.

Haarschmuck grosse Auswahl billigst,
Riesen-Bazar, Schmeerstr. 1.

Guterhalt. Kinderwagen (Gummireifen) bill. z. vk. Mansfelderstr. 13, III, r.

Rheinperle SOLO

Margarine, die Elitemarken der Branche, ersetzen
Feinste Butter
Holl. Marg.-Werke Jurgens & Prinzen G.m.b.H. Goch Rhld.

Mittwoch d. 6. März abends 8½ Uhr im Volkspark,
Burgstraße 27:

Große öffentliche Versammlung

Tagesordnung:
Hat das Christentum Gesittung und Kultur verbreitet?

Referent: Herr **Karl Thiel,** Leiter des Universum, Nürnberg.
Freie Diskussion. **Freie Diskussion.**

Zu zahlreichem Besuche ladet die gesamte Hallesche Einwohnerschaft, insbesondere die Herren Pfarrer und Lehrer ein
X 1912 **Freidenker-Verein Halle a. S.**

Wohnungs-Einrichtungen
in nur solider Ausführung
zu
Mk. 400 500 600 700 800 etc.
empfiehlt
G. Schaible.
Grosse eigene Werkstätten
Grosse Märkerstrasse 26.
Kataloge gratis u. franko. Kataloge gratis u. franko.

Blutreinigung Als rein pflanzliches, selbst bei längerem Gebrauch vollkommen unschädliches Daxana zur Blutauffrischung und Säftereinigung b. Hautausschlägen, Korpulenz, Gicht und Rheumatismus, Hämorrhoiden, haben sich „Leo"-Pillen vorzüglich bewährt. Glas für eine Frühlingskur ausreichend 1,50 ℳ. Bei Einsendung von 1,75 ℳ franko. Erhältlich in den Apotheken.
Depots in Halle a. S.: **Engel-Apotheke, Hirsch-Apotheke, Hohenzollern-Apotheke, Löwen-Apotheke.**

Markttaschen gute, gediegene Ware sehr billig.
Riesen-Bazar, Schmeerstr. 1.

Künstliche Zähne
Plomben etc.
Spezialität: Zahnziehen.
Paul Hafermalz,
Burgstraße 4.

Katalog gratis. : Direkt an Private : In Chevreaux-Boxleder Schnür- und Knopf-Stiefel mit und ohne Lackkappe für Damen u. Herren Paar Mk. 5.50
Luxusausführung „ „ 7.50
Paarweise Nachnahme.
Umtausch gestattet.
Deutsche Schuhzentrale. Pirmasens.

Kakao, eigenes Fabrikat, von 90 Pf. pr. Pfd. bis M. 2.50 empfiehlt
Carl Booch, Breiteestraße 1, Marktplatz, i. Turm, und Leipzigerstraße 61/62.

Fahrräder,
für Damen u. Herren, gut erhalten, verk. für 30, 35, 45, 65 Mark.
Herm. Schindler, Uhrmachermeister, Kleine Ulrichstrasse 35.
Kaufe stets **Fahrräder** zu soliden Preisen.

Merseburg.
Billig! Neu fabriziert!
100 Stück 3.00 Mk.,
100 Stück 3.20 Mk.,
100 Stück 3.50 Mk.,
guter Geschmack u. gutes Aroma, empfiehlt
Firma Hugo Thomas
Zigarren-Fabrik, Oelgrube 35.

Petroleumkocher
sehr sparsam brennend, schöne grosse Flamme.
Leonhardt & Schlesinger,
Gr. Ulrichstrasse 13/15.

Rasiergarnituren Rasiere dich selbst 95, 1.00, 1.25.
Riesen-Bazar, Schmeerstr. 1.

Turnverein Fichte
Halle a. S.
(Mitgl. d. Arbeit.-Turnerbund.)
Turnstunden:
1. Männerabteilung: Dienstags u. Donnerstags abends 8—10½ Uhr im Volkspark.
2. Männerabteilung: Dienstags und Freitags 8½—10½ Uhr (Glauch. Schützenhaus).
Frauenabteilung: Donnerstag abends 8½—10½ Uhr im Glauchaer Schützenhaus.
Anmeldungen neuer Mitglieder jederzeit an den Turnabenden und Versammlungen.
Abteilungsversammlung:
1. Abteilung: Donnerstag, d. 7. März, nach dem Turnen.
Sonntag, den 10. März, vormittags 9 Uhr:
Vorturnerstunde
im „Glauchaer Schützenhaus".
März 1912 **Der Vorstand.**

Bügeleisen für Kohle u. Bolzen sehr billig.
Riesen-Bazar, Schmeerstr. 1.

Liebreiz
verleiht ein zart., rein. Gesicht, rosiges, jugendfrisch. Aussehen, weiche, sammetweiche Haut und blend. schönen Teint. Alles dies erzeugt die echte **Steckenpferd-Lilienmilch-Seife** Stück 50 Pfg., ferner macht der **Dada-Cream** rote u. rissige Haut **in einer Nacht** weiß u. sammetweich. Tube 50 Pf. bei:
Helmbold & Co., Leipzigerstr. 104.
Bruno Berthold, Gr. Steinstr. 48.
Bruno Pretzsch, Moritzzwinger 1.
F. A. Patz, Gr. Ulrichstr. 6.
Franz Wahren, Poststr. 1.
Ernst Jentzsch, Leipzigerstr. 31.
Max Beyer, Olearius str. 3.
Wilh. Durow, Dreyhauptstr.
In **Giebichenstein:** Fritz Sioli.

Gut spielendes, fast neues **Orchestrion** billig zu verkaufen; Teilzahlung gestattet. Offerten unter B. H. 129 an die Exped. d. Bl.

Ansichts-Postkarten
empfiehlt **Die Volksbuchhandlung.**

Apollo-Theater
Direktion: Gustav Voller.
Job's lustige Bühne.
Nur noch wenige Tage:
Der Lachschlager
„Meine!-Deine!"
Schwank in 3 Akten.
Stürmischer Lacherfolg!
Ab Sonnabend d. 9. März:
„Sein Trick".

Stadt-Theater
in Halle a. S.
Direktion: Geh. Hofrat M. Richards.
Mittwoch den 6. März 1912:
174. Abonnem.-Vorst. 2. Viertel.
Novität! Novität!
Zum 5. Male:
Die fünf Frankfurter.
Lustspiel in 3 Akten von Karl Rößler.
Vorher:
Die schöne Galathee.
Operette in einem Akte von Franz von Suppé.
Kassenöffnung 7, Anfang 7½ Uhr, Ende 10¼ Uhr.

Donnerstag, den 7. März 1912:
176. Abonnem.-Vorst. 4. Viertel.
Zum letzten Male:
Die Geisha
oder:
Eine japan. Teehausgeschichte.
Operette in 3 Akten von Sidney Jones.

Den verehrl. Abonnenten des 3. u. 4. Viertels zur gefl. Kenntnisnahme, daß sich am Donnerstag und Freitag ein Umtausch als notwendig erweist. Am Donnerstag findet die 174. Vorstellung (4. Viertel) statt am Freitag die 175. (3. Viertel).

Passage-Theater
Lichtspielhaus,
— Halle, Leipzigerstraße 88. —
Programm-Wechsel
jeden Mittwoch und Sonnabend
Beginn der Vorstellungen:
Wochentags präzise 4 Uhr
Sonn- und Festtags „ 3 „

Beste Boxcalf-
Portemonnaies
fünf Jahre Garantie, bei
C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90. M. d. R.-Sp.-V.

Möbel, Kleiderkekretär 28 ℳ, Vertiko 36 ℳ, Schreibt. m. Aufs. 36 ℳ, hohe Bettstelle mit Matr. 38 ℳ, Ottisch-Sofas gr. Auswahl, selbig. kompl. graue Küchen v. 55—160 ℳ, Trumeaux-Spiegel, Tische, Stühle verkauft
Karl Bieler, Albrechtstraße 39.
Erstes Geschäft von der Geiststraße.

Da meine Frau mich böswillig verlassen hat, warne ich hiermit jeden, ihr auf meinem Namen etwas zu borgen.
Otto Klinz, Wörmlitz.

Dölau.
Ich erkläre die Frau **Kohlstedt** als eine **ehrenhafte Person.**
Frau **Mathilde Transfeld.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie für die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres innigstgeliebten Töchterchens
Margarete
sagen wir allen Verwandten und Bekannten unsern tiefgefühlten Dank.
Die tieftrauernde Familie
Paul Körnig, Radewell.

Dank.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes, sage ich im Namen aller Hinterbliebenen meinen herzlichen Dank.
Wwe. Emilie Bürger geb. Weschke.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Ilgner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger i. vorm. Aug. Groß, jetzt A. Jähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120306-18/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 55 — Halle a. S., Mittwoch den 6. März 1912 — 23. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

19. Sitzung. Montag, den 4. März, nachmittags 2 Uhr.

Etat des Innern.

Fünfter Tag der Generaldebatte.

Abg. Wetterlé (Elsässer) geht zunächst auf die jüngsten Vorgänge im elsaß-lothringischen Landtag ein und führt aus, daß die Streichung des Dispositionsfonds und kaiserlichen Gnadenfonds durchaus gerechtfertigt gewesen sei. Das jetzige Provisorium in der Frage des Staatsoberhauptes mußte zu Schwierigkeiten führen.

Präsident Kämpf mahnt den Redner, sich an den Etat zu halten.

Abg. Wetterlé: Von einem Teil unserer Beamten ist die Sozialdemokratie in unzulässiger Weise befördert worden. **Daß der Bezirkspräsident von Puttkamer beim Kaiser-Essen in Kolmar sagte, er habe mit voller Ueberzeugung einen Sozialdemokraten gewählt,** würde ich noch hingehen lassen. An die Beamten ist aber wenige Tage vor der Stichwahl ein Zirkular ergangen, in dem höhere Beamte erklären, nach eingezogenen Erkundigungen an maßgebenden Stellen stehe fest, **daß**

die Beamten ruhigen Gewissens für die Sozialdemokratie stimmen

könnten. (Hört, hört! rechts.) Das ist ein unerlaubter Druck, eine unerlaubte Wahlbeeinflussung. (Sehr richtig! rechts.) Der Unterzeichner dieses Zirkulars Uhland ist vom Kaiser zum Mitglied der Ersten Kammer ernannt worden. (Hört, hört! rechts.)

Abg. Liz. Mumm (Wirtsch. Vgg.): In der Wohnungsfrage steht uns ein gewaltiges Kapitel an Arbeit bevor. Ich empfehle die Annahme unserer Resolution dazu. Eine zweite Resolution unserer Fraktion fordert ein neues Arbeitsrecht. Wir, wie die Mehrheit des Hauses sind ja erfreulicherweise nicht für eine Einschränkung des Koalitionsrechts. Eine dritte Resolution fordert weitergehenden Schutz der jugendlichen Arbeiter. Dann bitten wir auch um Annahme der Resolution, die die Animierkneipen unterdrücken soll. Graf Posadowsky sprach von solonischer Weisheit. Solons Weisheit war der Kampf gegen den Kapitalismus. Da kann man allerdings dem Kanzler nur solonische Weisheit wünschen. (Heiterkeit.)

Ministerialdirektor Caspar (auf der Tribüne schwer verständlich) äußert sich über die Regelung der Arbeitszeit in den Kontoren.

Abg. Werner (Antis.) ersucht den Staatssekretär, dafür zu sorgen, daß die Güterschlächter sich nicht von der Wertzuwachssteuer drücken können, wie dieses bisher vielfach geschehen sei. Der Redner spricht sich weiter für eine Beschränkung der Wanderlager aus. Der § 100q der Gewerbeordnung müsse beseitigt und den Zwangsinnungen das Recht zur Festsetzung von Mindestpreisen gegeben werden. Den Warenhäusern müsse mit einer scharfen Reichswarenhaussteuer entgegengetreten werden. Ein größerer Schutz der Arbeitswilligen sei unerläßlich. Eine weitere Einschränkung der Sonntagsverkaufszeit dürfe nicht vorgenommen werden. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Unsere Wirtschaftspolitik hat zwei erhebliche Belastungsproben durchmachen müssen, das eine war die Dürre des vergangenen Sommers mit ihren Folgen, das andere die während mehrerer Monate scharf gespannte Lage der auswärtigen Politik. (Hört, hört!) Beide Belastungsproben hat zweifellos unser Wirtschaftsleben gut ertragen, und das ist ein Beweis dafür, daß unser Wirtschaftsleben in der Hauptsache auf gesunden Grundlagen beruht. Wir dürfen uns dabei darüber aber nicht täuschen: der Abschluß des Jahres 1911 wird kein ganz normaler sein, denn die starke Einfuhr an Nahrungs- und Lebensmiteln, die als eine Folge der Dürre unabwendbar eintreten mußte, hat natürlich unsere Jahresbilanz abnormal beeinflußt und wird sie voraussichtlich noch weiter beeinflussen. Die Leistungen unserer Reichsbank sind von Erfolg begleitet gewesen. Man wird also vorläufig mit Ruhe der Entwicklung entgegensehen und abwarten können, was die Tätigkeit der Reichsbank auf diesem Gebiete in der nächsten Zeit weiter erreichen wird. Das Gesamtbild unserer wirtschaftlichen Entwicklung ist ein glänzendes. Wenn das der Fall ist, so fehlt natürlich ein greifbarer Anlaß, einen Wechsel in unserer Wirtschaftspolitik, in unserer Zolltarif- und Handlungspolitik, in **unserer Politik des Schutzes der nationalen Arbeit eintreten zu lassen. Im großen und ganzen hat sich der Zolltarif bewährt. Er hat sich bewährt** in seiner Systematik, in bezug auf seine technische Anwendbarkeit, und er hat sich bewährt, insofern er zweifellos einen wirksamen Schutz unserer nationalen Arbeit **gehoten hat.** Unter diesen Umständen würde man in Ernst nicht daran denken können, wesentliche Aenderungen im Maße des Schutzes nach oben oder nach unten eintreten zu lassen. Im Gegenteil, wir werden bestrebt sein, den jetzigen Stand zu halten. **Damit fällt natürlich jede Notwendigkeit, einen neuen Zolltarif aufzustellen,** was man hier und da angenommen hat. Es kann sich auf diesem Gebiete nur handeln um eine Revision im einzelnen, technische Unebenheiten im Aufbau des Tarifes zu beseitigen, einzelne wirtschaftliche Unvollkommenheiten aufzuheben und zu prüfen, ob etwa die allgemeinen handelspolitischen Beziehungen die Erfahrungen, die wir beim Abschluß unserer letzten Handelsverträge gemacht haben, uns nötigen, unsere zollpolitischen Rüstungen in diesem oder jenem Punkte zu verbessern oder zu erweitern. Andere Staaten haben gesetzlich festgelegt, daß ihr Tarif alle fünf Jahre revidiert werden muß. Bei uns muß der Zeitpunkt für eine derartige Modernisierung des Tarifes nach anderen Gesichtspunkten bestimmt werden. Es ergibt sich für uns naturgemäß, daß wir bestrebt sein müssen, die notwendigen Veränderungen und Verbesserungen an unserem Tarif vorzunehmen, bevor die neuen Handelsverträge kommen. Die Auffassung ist also vollständig berechtigt, daß unser Reichstag

wichtige Beschlüsse auf dem Gebiete der Handelsverträge

zu fassen hat. Wir sind seit mehr als drei Jahren unablässig mit den Vorbereitungen für den Abschluß der Handelsverträge, die im Jahre 1917 ablaufen, beschäftigt. Zunächst bleibt die Materie in Fluß, solange noch neue Handelsverträge abgeschlossen werden. Neben dem wirtschaftlichen Ausschuß benutzen wir das Mittel der Produktionserhebungen, die seit über drei Jahren wieder in vollem Gange sind und mindestens in dem bisherigen Umfange fortgesetzt werden sollen. Die **Erfassung der Kleinbetriebe** bei diesen Produktionserhebungen gestaltet sich freilich erheblich schwieriger als die der Großbetriebe. Wir werden hierbei andere Wege einschlagen müssen und hoffen auf die Unterstützung der Interessentenverbände dabei. Es wurde angeregt, es möchte eine

öffentliche allgemeine Enquete auf kontradiktorischer Grundlage

über die Ergebnisse unserer bisherigen Wirtschaftspolitik angestellt werden, und mit dieser allgemeinen Enquete hofft man dann, die Verbände für die neuen Handelsverträge und für die weitere Orientierung unserer Wirtschaftspolitik zu gewinnen. Ich halte diesen Weg nicht für gangbar (Sehr richtig! rechts) aus einem guten einfachen und unwiderleglichen Grunde. Kein Geschäftsmann wird die letzten Geheimnisse seines Betriebes in öffentlicher Verhandlung allgemein bekannt geben. (Sehr richtig!)

Weiter wurde angeregt, daß wir beim Abschluß der Handelsverträge **Abmachungen sozialpolitischer Natur aufnehmen sollten,** dergestalt, daß die vertragschließenden Teile die Arbeit in sozialpolitischer Beziehung möglichst gleich behandelten. Welchen Erfolg diese Bemühungen künftig haben werden, kann ich nicht sagen. Wir haben den Weg bereits beim schwedischen Handelsvertrag beschritten, der Ansätze zu derartigen Vereinbarungen enthält. **Unsere Wirtschaftspolitik hat die Aufgabe, nicht mehr wie vor 30 Jahren den inneren Markt zu schützen, sondern den äußeren Markt zu bewahren, der Konkurrenz des Auslandes im Auslande zu begegnen.** (Sehr richtig!) Zu einem

Wechsel unserer Wirtschaftspolitik haben wir keinen Anlaß.

Ein Herabsetzen unserer Tarife würde uns gar nichts nützen Staaten gegenüber, die ihre nationalen Hilfsquellen selbst entwickeln wollen; diese würden ihre Tarife auch nicht um einen Pfennig herabsetzen. Wir sehen ja, wie England infolge seines Freihandels genötigt ist, sich von anderen Ländern einfach alles gefallen zu lassen.

Nun zu den Syndikaten, die sich besonders leicht in Ländern mit Schutzzoll entwickeln. (Hört, hört! links.) Ich muß zugeben, daß die Syndikate

manche Gefahren politischer und wirtschaftlicher Natur

mit sich bringen. Durch die Syndikate hat die Monopolfrage ein völlig anderes Gesicht bekommen. Früher wurden Staatsmonopole aus Gründen wirtschaftspolitischer und politischer Doktrin aufs äußerste verworfen. Wir haben aber in den Syndikaten wirtschaftliche Gebilde vor uns,

die den Charakter eines Privatmonopols annehmen können.

Ich persönlich halte Privatmonopole unter Umständen für gefährlicher als Staatsmonopole. Namentlich in einem konstitutionell regierten Lande wie Preußen, wo der Landtag kontrolliert. (Na, na! links.) Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß wir allmählich

gezwungen werden, Privatmonopole in Staatsmonopole zu verwandeln.

(Hört, hört! bei den Soz.) Aber ich habe den Eindruck, als wenn wir für diese Erkenntnis noch nicht reif sind. (Zuruf bei den Soz.: Sehr sinnreich! Heiterkeit.) Auch die Herren von der äußersten Linken werden die Wichtigkeit der Syndikate für die wirtschaftliche Entwicklung nicht verkennen. Die Assoziierung der Betriebsmittel und des Angebots führt zur vollkommneren Ausnutzung der Betriebsmittel, zur Stabilisierung der Preise und damit der Löhne. Das ist wichtig namentlich für die Kohlenproduktion. **Solange die Syndikate ihre Monopolstelle nicht mißbrauchen, haben wir keinen Anlaß, gegen sie einzuschreiten.** Uebrigens fehlt uns auch die Macht dazu. Ein allgemeines Syndikatsgesetz halte ich für ausichtslos; nur auf dem Wege des Spezialgesetzes kann dort, wo es notwendig wird, erfolgreich eingeschritten werden. **Allerdings verlockt das Kaligesetz nicht zu weiteren Experimenten auf diesem Gebiete.** Hoffentlich wirkt das Kaligesetz auf die anderen Syndikate so ein, daß sie alles tun, um eine ähnliche Reglementierung bei ihnen zu vermeiden. **Das Kohlensyndikat und der Stahlwerksverband sind eine Stütze unserer wirtschaftlichen Organisation,** die wir nicht verfallen lassen dürfen. Ich halte es für richtig, daß

der preußische Fiskus dem Kohlensyndikat beigetreten

ist. Wenn darauf hingewiesen wird, daß mit dem Eintritt des Fiskus die Kohlenpreise gestiegen sind, so will ich nur feststellen, daß diese Steigerung der Konjunktur entspricht. So unbequem sie den Produzenten sein mag, so wünschenswert ist sie, weil nun die Löhne der Konjunktur angemessen gestaltet werden. (Bravo! im Zentr. und rechts.)

Abg. Sachse (Soz.):

Der Staatssekretär hat bedauert, daß in diesem Jahre mehr Anregungen und Wünsche als sonst aus dem Hause an ihn gerichtet worden sind. Er darf nicht vergessen, daß die Wahlen gerade erst hinter uns liegen, und daß dabei die bürgerlichen Parteien ihren Wählern viel Versprechungen gemacht haben. Die Wähler hatten ihnen das Gewissen geschärft, deshalb ihre vielen Resolutionen und Initiativanträge. Ich möchte den Staatssekretär bitten,

den Wünschen des Volkes mehr nachzukommen.

Der Staatssekretär hat weiter betont, daß Deutschland seine Aufmerksamkeit darauf lenken müsse, sich den Außenmarkt zu erhalten und neue Absatzgebiete zu erobern. Am erfolgreichsten könnte das geschehen, **wenn wir mit unserer Wirtschaftspolitik einlenken wollten.** (Sehr richtig! links.) Man spricht von den „Erfolgen" unserer altbewährten Wirtschaftspolitik. Blicken Sie auf unsere sächsische und schlesische Textil-Industrie, sie kommt aus den Stockungen gar nicht mehr heraus. Der Staatssekretär hat sich als Freund des Staatsmonopols bekannt. Aus unseren Reihen sind wiederholt Stimmen laut geworden, die die

Verstaatlichung der Kali- und Kohlenproduktion gefordert

haben, weil diese wichtigen Produkte nicht der Privatausbeutung überlassen bleiben dürfen. Selbstverständlich verlangen wir **Garantien für die Arbeiter. Die Bergarbeiter müssen Minimallöhne erhalten, sonst kommt es auch bei uns zu Kämpfen wie in England.** Das unbeschränkte Koalitionsrecht muß ihnen garantiert werden. Bei der staatlichen Eisenbahn sind sie rechtloser als bei manchen Scharfmachern. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Verschiedene Redner haben wieder das alte Lied von dem **Terrorismus der sozialdemokratischen Organisationen** angestimmt und den Schrei nach dem Schutz der Arbeitswilligen erschallen lassen. Außerhalb dieses Hauses ist das auch von den Nationalliberalen im sächsischen Landtage geschehen. Graf Carmer erklärte hier am Sonnabend, er hätte eine ganze Anzahl solcher Terrorismusfälle mitgeteilt bekommen, die Absender der Zuschriften hätten ihn aber dringend gebeten, ja ihren Namen nicht zu nennen. Ich habe mir damals den Zwischenruf erlaubt, das wären Feiglinge. Da wurde geantwortet, nein, sie fürchten sich, weil sie sonst noch mehr terrorisiert werden. Arbeitgeber, Gendarmen und Schutzleute sollen zu feige sein, ihren Namen zu nennen, aus Furcht vor den Arbeitern, sind Sie denn wirklich so leichtgläubig? (Zuruf rechts: Aber die Arbeiter!) Die Arbeiter, die solche Zuschriften senden, das sind Leute

von echt gelber Gesinnung, die sich Liebkind machen

und sich einen Posten erschleichen wollen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die wollen durch solche Mätzchen und solche Unwahrheiten einen guten Namen machen und verschweigen ihren Namen, weil sie ihre Angaben nicht verantworten können vor dem Richter oder vor der Oeffentlichkeit. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn Sie mit Terrorismusfällen kommen, so kann ich Ihnen nur sagen,

in keinem Betriebe sind Terrorismusfälle der Unternehmer so häufig wie im Bergwerk.

Bei unserer Bergarbeiterbewegung spielt auch die Forderung eine Rolle: **Aufhebung der Sperren.** Heute noch werden von den Unternehmern die Sperren aufrecht erhalten, die dazu führen, daß ein Bergarbeiter, der auf einer Grube aufhört, weil ihm vielleicht Lohnabzüge gemacht worden sind, **auf keiner der benachbarten Gruben Arbeit erhält,** weil er durch nachbarliche Abmachungen der Unternehmer gesperrt ist. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die schwarzen Listen sind im Bergbau noch nicht verschwunden.

Da haben Sie den Terrorismus der Unternehmer.

(Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn Graf Carmer und die konservative Partei über Terrorismus klagen, dann sollten sie auch gerecht sein und die Deutsche Tageszeitung anklagen. Die hatte nämlich Ende Februar im Inseratenteil einen Aufruf aufgenommen, in dem es heißt: „Die Unterzeichneten beabsichtigen einen Verband zu gründen zu dem Zwecke, nur von Unternehmern Arbeiten ausführen zu lassen, **die sich verpflichten keine sozialdemokratisch organisierten Maurer, Zimmerleute und Handlanger auf ihren Bauten zu beschäftigen.**" (Hört, hört! links.) Der Aufruf ist unterzeichnet vom Landschaftsrat von Herzberg-Lottin und vielen anderen. Das ist doch

organisierter Terrorismus gegen organisierte Arbeiter.

(Sehr richtig! links.) Wer so im Glashause sitzt, soll uns doch nicht mit Steinen werfen. Auch die kleineren Beamten im Bergbau klagen über den Terrorismus der Unternehmer. Der Steigerverband wird von den Unternehmern mit aller Macht zu erdrücken gesucht. Von den Stinneswerken erhielten mehrere dort beschäftigte Steiger einen Brief des Inhaltes, sie wären trotz dieses Verbotes der Firma Mitglieder des Steigerverbandes geblieben, und es werde ihnen deshalb die Prämie für drei Monate entzogen und die Weihnachtsgratifikation um die Hälfte gekürzt. (Hört, hört! links.) **Die Leute werden bedroht und zum Austritt aus ihrer Organisation gezwungen.** Frhr. v. Gamp hat die Seßhaftmachung der Arbeiter empfohlen, um sie vor dem „Terrorismus der Sozialdemokratie" zu wahren. Wie es es aussieht in Arbeiterkolonien aussieht, das zeigt das Beispiel der Königsgrube, wo die Kolonieverwalter von Stufe zu Stufe gegangen sind und

den Organisierten das Verbandsbuch abgenommen haben.

Wer es nicht freiwillig abgab, der wurde dazu gezwungen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Auf die Bewohner solcher Arbeiterkolonien wird auch ein Druck dahin ausgeübt, daß sie Kostgänger halten müssen. In den Mietkontrakten verschiedener Zechen steht, daß der Mieter gezwungen wird, mindestens zwei oder drei Kostgänger zu halten. (Hört, hört! links.) Es werden sogar Prämien dafür bewilligt und die Miete wird um so mehr, herabgesetzt, je mehr Kostgänger der Mieter aufnimmt. Wir sollten uns im Reichstag aufraffen, um endlich

das Koalitionsrecht freier und besser auszubauen

und niemals daran rütteln zu lassen. Ich möchte Ihnen dringend empfehlen, unsere Resolutionen anzunehmen, die sich auf den Schutz der Arbeiter in den chemischen Fabriken, in den Glas- und Porzellanfabriken, in der Großindustrie, im Handels-, Transport- und Baugewerbe und auch im Gastwirtsgewerbe beziehen.

Der Staatssekretär und Abg. Mumm haben über die **Bergarbeiterlöhne und die Arbeitsverhältnisse** gesprochen. Im preußischen Landtag ist heute von der gegenwärtigen Bergarbeiterbewegung gesprochen worden, und dabei hat der preußische Minister v. Sydow ebenso wie der nationalliberale Abgeordnete Hirsch-Essen von den „Hetzern" gesprochen. Es wurde dort gesagt, man werde sich

energisch den „aufgehetzten Massen" gegenüberstellen.

Es ist also nicht in Aussicht genommen, den berechtigten Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen. Das möchte ich dem Staatssekretär sagen: wenn Sie verhindern wollen, daß in den Bergwerksbetrieben große Störungen vorkommen, **dann müssen die Unternehmer und Regierungen den berechtigten Wünschen der Arbeiter entgegenkommen.** Nur so kann auf die Dauer der Friede erhalten werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Abg. Maher hat von der Steigerung der Bergarbeiterlöhne gesprochen, aber er macht das alte Kunststück, die jetzigen Löhne immer mit denen von 1886 zu vergleichen. Das wäre nämlich das Jahr, wo die Löhne den tiefsten Stand erreicht hatten und in manchen Gruben fast nur die Hälfte betrugen, von den Löhnen, die schon 1873 gezahlt wurden. Tatsächlich sind

die Bergarbeiterlöhne seit 1907 erheblich gesunken.

Dagegen haben sich die Einnahmen der Gruben kolossal erhöht. — Der Redner belegt dies durch reiches statistisches Material. — Daß der christliche Gewerkverein der Bergarbeiter sich unserer Lohnbewegung nicht angeschlossen hat, wird er vor sich selbst zu verantworten haben, **vor den Arbeitern kann er es nicht verantworten.** (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wer behauptet, daß es sich bei der jetzigen Lohnbewegung um einen Sympathie- oder Solidaritätsstreik für die englischen Bergarbeiter handelt, der behauptet die Unwahrheit. Unsere Lohnbewegung war schon 1910 eingeleitet, und sie wurde nur aus verschiedenen Gründen bis jetzt vertagt. Man hat ja sogar solche Mätzchen verbreitet, daß die deutschen Bergarbeiter den englischen Bergarbeitern am 2. Februar eine halbe Million zugeschickt hätten. Die englischen Arbeiter haben allein über 43 Millionen Mark. Sie haben am 1. März den Streik begonnen und am 2. Februar sollen wir ihnen schon eine halbe Million hingeschickt haben. Wer solches Blech glauben kann, ich weiß nicht, wie es mit dem im Oberstübchen beschaffen ist. (Sehr gut! links.) Es ist eine Unwahrheit, daß die englischen Bergarbeiter unsere finanzielle Hilfe beanspruicht oder bekommen hätten. **Wir führen den Kampf im Interesse unserer deutschen Kameraden.** Was die Maximalarbeitszeit in den Bergwerken betrifft, so muß sich

Deutschland anderen Ländern gegenüber schämen.

In Oesterreich und Belgien besteht die neunstündige, **in Frankreich und England die achtstündige gesetzliche Maximalarbeitszeit in Bergwerken.** Das Ueberschichtwesen ist in Oesterreich, Belgien und England teils gesetzlich eingeschränkt, teils völlig verboten. In deutschen Bergwerken haben wir aber noch Arbeitszeiten von neun, zehn und zwölf Stunden. In Oberschlesien werden trotz der zwölfstündigen Arbeitsschicht die Leute noch gezwungen, eine ganze Anzahl Ueberstunden zu machen (Hört, hört!), da ist es ein Wunder, daß die Krankheitsstatistik der Bergleute verzeichnet, daß von 100 Bergleuten jährlich in einzelnen Gebieten 14,7 krank sind. (Hört, hört! links.) Das sind erschreckende Zahlen und doch wagt es keine Reichsregierung, keine preußische Regierung, den Bergherren in den Arm zu fallen und zu sagen: so geht's nicht weiter! **Wir müssen einen Maximalarbeitstag oder eine Beschränkung der Ueberschichten gesetzlich durchführen.** Nur wenn die Bergarbeiter den Bergherren ein: Bis hierher und nicht weiter! zurufen, wird es anders werden. (Lebh. Beifall links.) Wenn man durch die überlange Arbeitszeit die Bergleute zwingt, ihre Gesundheit zu ruinieren, so ist das beschämend für Deutschland, beschämend für die Regierung, die es nicht wagt, solchen Ausbeutern gegenüber endlich einmal die Gesetzgebungsmaschine für einen wirklichen Arbeiterschutz in Bewegung zu setzen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Der Gesundheitsrat tut nichts, und man hört nichts von ihm! (Sehr wahr! b. d. Soz.) Im Reichsberggesetz muß auch auf freigestellte Sicherheitsämter Bedacht genommen werden, damit sie ungehindert durch Schikanierungen ihre unfallverhütende Tätigkeit ausüben können.

Meinem Parteigenossen Wels sind aus seinem Wahlkreise (Kalau-Luckau) Klagen über die Ersetzung deutscher Braunkohlengräber durch Galizier und andere Ausländer zugegangen. Diese Leute leben wie das Vieh. Schließen sie sich der Organisation an, so werden sie als lästige Ausländer polizeilich ausgewiesen! (Stürmisches Hört, hört! b. d. Soz.) Und dabei hat

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120306-18/fragment/page=0005

die Grube Ilse, auf der solche Zustände bestehen, in den letzten Jahren **Dividende von 20 bis 26 Prozent abgeworfen.** Die Scharfmacher wollen mit den Arbeitern **gar nicht in Frieden** leben, das haben sie bewiesen, **als** sie den

mitteldeutschen Braunkohlenbergwerksbesitzern

im vorigen Jahre verboten, mit den Arbeitern Tarifverträge abzuschließen! Das sollten sich die Behörden vor **Augen halten. Wir fordern reichsgesetzliche Regelung des Knappschaftswesens,** aber ohne das vom Zentrum verlangte Proportionalwahlrecht, weil dies auch nach Ansicht der Christlichen nur Zechenmarionetten in die Vorstände bringen und dadurch die Arbeit lahmlegen würde. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Dringend fordern die Arbeiter eine Einschränkung des furchtbaren Straffystems der Zechen und Ersetzung des Zwangsarbeitsnachweises durch paritätische Arbeitsnachweise. **Das Reichsberggesetz wird nicht eingebracht, weil es die Scharfmacher nicht wollen.** Nur wenn im Sinne unserer Resolutionen vorgegangen wird, können große Kämpfe im Bergbau vermieden werden. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Irl (Zentr.) tritt für die bekannten Mittelstandsforderungen ein.

Dienstag 1 Uhr Fortsetzung. Schluß 6¾ Uhr.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 5. März 1912.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

In einer letzten großen Sitzung wurde gestern von den Stadtverordneten der Etat, der städtische Haushaltsplan, endgültig erledigt. Vor der Etatsberatung brachte der Vorsteher noch einige Mitteilungen zum Vortrag. Neben allerlei Petitionen war eine Magistratsvorlage über die Einrichtung eines städtischen bakteriologischen Instituts eingegangen, das die Untersuchungen, die bisher das hygienische Institut der Universität ausgeführt hat, übernehmen soll. Die Vorlage wird einer Spezialkommission überwiesen, die man aus 4 Aerzten des Kollegiums bildete. Erst später soll sich dann der Etatsausschuß mit der Vorlage befassen.

Was aus dieser fortschrittlichen Regung des Magistrats wird, läßt sich also noch lange nicht sagen. Hoffentlich wird sie nicht von demselben Rückschrittsgeist mißhandelt, der gestern an dem Etat des statistischen Amtes seine zerstörenden Kräfte zeigte. Von den 1000 Mk., die für notwendige Bücher gefordert waren, wurden 400 Mk. von den Stadtverordneten gestrichen. Und ebenso zog man der statistischen Deputation 400 Mk. von den ihr bereitgestellten 1000 Mk. ab. Beide Streiche gegen die wissenschaftliche Betätigung geschahen bezeichnender Weise unter hervorragender Mitwirkung des Vorstehers, Geheimen Medizinalrats Prof Dr. Schmidt-Rimpler, der dabei eine recht sonderbare Behandlung der Anträge vollbrachte.

Ausgleichsfonds oder Steuerherabsetzung.

Der Magistrat hatte den Antrag gestellt, einen Teil des Millionenüberschusses des Vorjahres zurückzulegen als Ausgleichsfonds für Jahre mit schlechteren Einnahmen. Der Etatsausschuß hatte diesen Antrag zur Ablehnung empfohlen und beantragte die Herabsetzung der Steuern. Stadtv. Prof. Steinbrück, ein Freund des Ausgleichsfonds, mußte diese Anträge wohl oder übel zur Annahme empfehlen.

Bürgermeister v. Holly eröffnete die Diskussion mit dem interessanten Eingeständnis, daß in Halle neue Gedanken nur schwer Eingang finden. Wir nehmen an, daß der Bürgermeister dabei dem Magistrat auch mit zu Halle rechnet. In diesem Falle würde er recht haben. — Er begründete nun in frischer, flotter Weise den Antrag auf Schaffung des Ausgleichsfonds, den er für eine gut bürgerliche Einrichtung hielt, und für den er verschiedenerlei Ausgaben anführte, um die Einführung des Fonds als notwendig erscheinen zu lassen. Der Bürgermeister fand noch gar viele bewegliche Worte, um seinen Ausgleichsfonds zu retten, aber man merkte ihm an, wie er fühlte, für eine unmögliche Forderung zu sprechen.

Stadtv. Springer hält es für unzulässig, neben den vielen Fonds, die wir schon haben, noch einen Ausgleichsfonds zu errichten. Wir haben bereits acht größere Fonds und eine Anzahl kleinere; es ist für alles vorgesorgt. Idealer als der Ausgleichsfonds ist der Gedanke, dem Bürger zu geben, was des Bürgers ist. Die 250 000 Mk. für den Ausgleichsfonds konnte man in dem reichlich bemessenen Etat nicht mehr unterbringen, und da haben wir das Recht, sie der Bürgerschaft in Gestalt von 10 Proz. Steuerermäßigung zukommen zu lassen. Der erwartete Ueberschuß ist um 600 000 Mk. überschritten worden. Es sind also im Vorjahre der Bürgerschaft 20 Proz. Steuern zu viel abgenommen. Auch das Jahr 1911-12 wird große Ueberschüsse bringen. Steuern auf Vorrat zu bewilligen, lehne er ab, und das täten wir, wenn wir die Steuern nicht um 10 Proz. erniedrigen wollten.

Der Stadtv. Knabe schloß sich den Ausführungen des Stadtv. Springer an.

Der Antrag auf namentliche Abstimmung wurde, wie mitgeteilt, von 20 Stadtverordneten unterschrieben eingereicht. Er galt damit als angenommen.

Der Oberbürgermeister suchte nun auseinanderzusetzen, daß die Konjunkturschwankungen zur Anlage eines Ausgleichsfonds zwingen, da sonst in wenigen Jahren die Steuern wieder rapid steigen würden. Eine gesetzliche Hinderung liege nicht vor. Auch der Staat habe Ausgleichsfonds und auch der Bürger lege in seinem Haushalt doch Ueberschüsse guter Jahre zurück. Aber man rede ja hier wie im Etatsausschuß vergeblich. Die Stadtverordneten würden nicht mehr vom Verständnis, sondern von der Leidenschaftlichkeit geleitet. Ein Rausch, der Narcismus des Goldes, habe sie infolge des reichlichen Ueberschusses gepackt. Sie würden ihr Tun noch bereuen.

Stadtv. Meyer sprach für die Magistratsvorlage, da er den Ausgleichsfonds für eine in der Zeit der Not sehr segensreich wirkende Einrichtung hält. Herr Meyer ersuchte schließlich die Steuern nur um 5 Proz. herabzusetzen und eine kleinere Summe, als der Magistrat wünsche, in den Ausgleichsfonds zu legen. — Stadtv. Colberg schloß sich dem an, da auch Privatgeschäfte doch ihre Gewinne nicht gleich aufzehren, sondern etwas davon für schlechtere Jahre zurücklegen.

Stadtv. Emmer erklärte, daß seine Freunde im Prinzip für die Zurückstellung eines Ausgleichsfonds sind. Aber Halle habe durch die falschen Steuervorschläge des Herrn v. Holly seit Jahren seinen Bürgern zuviel Steuern abgenommen. Das habe der Stadtv. Thiele hier Jahr für Jahr festgestellt. Und jetzt werde er deshalb mit seinen Freunden gegen die Ueberweisung des Ueberschusses in den Ausgleichsfonds stimmen, um mit der Steuer zunächst einmal auf den richtigen Stand herabzukommen. In den Vorjahren habe Herr v. Holly das Kollegium stets eingeseift. Der Etat sei auch in diesem Jahre so aufgestellt, daß neben der Steuerherabsetzung noch die Schaffung eines Ausgleichsfonds möglich sei, um so mehr, als das laufende Jahr sicher einen noch höheren Ueberschuß bringen werde als das verflossene. Im Elektrizitätswerk würden bereits 83 000 Mk. mehr Ueberschuß gemacht als vorgesehen war. Er ersuche um Annahme des Antrages des Etatsausschusses, das wäre kein Spießbürgerbeschluß, wie Herr Holly meint. Aber beide Bürgermeister redeten immer von den guten Hausvätern, nach denen wir uns richten sollen. Die guten Hausväter sind wohl die, die uns

Jahr für Jahr 20 Prozent Steuern zuviel

abnehmen?

Bürgermeister v. Holly mußte zugeben, daß tatsächlich immer zuviel Steuern erhoben worden sind. Aber — meint er — ohnedem ließen sich nie Ueberschüsse machen.

Stadtv. Keil sprach gegen den Ausgleichsfonds. Beim Staat, den der Oberbürgermeister als Muster anführte, liege es anders. Der Staat könne sich nur auf regelmäßige ziemlich gleichbleibende Einkommensteuereinnahmen stützen. Die Stadt könne aber jedes Jahr nach ihren notwendigen Ausgaben die Höhe der Steuer festsetzen. Ein Ausgleichsfonds aber verleitet die städtische Verwaltung, gegen das erste kommunalpolitische Prinzip, gegen die Sparsamkeit, zu verstoßen. Wir sollen uns unserer Verantwortlichkeit in jedem einzelnen Jahr bewußt bleiben. Im Interesse einer sorgfältigen und sparsamen Verwaltung müssen wir den Ausgleichsfonds ablehnen. Jedes Jahr hat seine Sorgen und seine Ausgaben, aber es hat auch seine Deckung. Nehmen wir die Magistratsvorlage an, so bewilligen wir Steuern auf Vorrat, und das wäre eine Sünde gegen die Steuerzahler.

Stadtv. Herzau verwahrte sich gegen die Bemerkung des Oberbürgermeisters, daß die Ansicht des Etatsausschusses gegen den Ausgleichsfonds einer Leidenschaft und nicht der Verständigkeit entspringe. Im Gegenteil, die Herabsetzung der Steuern sei nicht nur verständig, sondern ein Akt der Gerechtigkeit. Der Oberbürgermeister habe ja selbst im Etatsausschuß eingestanden, daß 20 Prozent Steuern zuviel erhoben seien. Leider ließen sich diese 20 Prozent nicht wieder zurückerlangen. Aber 10 Prozent Ermäßigung sei das mindeste.

Der Stadtv. Springer sprach nochmals gegen, Stadtv. Meyer aber für den Ausgleichsfonds, worauf der Oberbürgermeister in längerer Rede nochmals den Fonds verteidigte und erklärte, er habe nicht von 20 Prozent zuviel erhobenen Steuern gesprochen, sondern allgemein von zuviel erhobenen Steuern.

Nachdem sich auch die Stadtvv. Meyer und Keil und der Bürgermeister nochmals geäußert hatten, wurde die Debatte auf Antrag geschlossen. Es folgte die namentliche Abstimmung. Es stimmdten für den Ausgleichsfonds die Stadtvv. Colberg, Frost, Hoß, Mekus, Meyer I, Pritschow, Rabe, Schrader und Steinbrück; gegen den Ausgleichsfonds die Stadtvv. Ahrenholz, Beige, Beuche, Boecke, Borcheri, Borges, Lembjer, Bruß, Daniel, Döhler, Emmer, Feldmann, Föhring, Gerig, Giese, Glimm, Gradehand, Grecke, Grempler, Günter, Helmecke, Herzau, Herzfeld, Höschele, Hüllemann, Kallmeyer, Keil, Knabe, Kobe, Kühme, Lehmann, Kobert, Meyer II, Michel, Nesse, Osterburg, Pfautsch, Probst, Rammelt, Renner, Reuß, Riediger, Scharfschmidt, Schmidt-Rimpler, Schulze, Spindler, Springer.

Der Ausgleichsfonds ist also abgelehnt.

Stadtv. Knabe referierte nun über die Festsetzung der Steuern. Ohne weitere Debatte wurde nach den Vorschlägen des Etatsausschusses beschlossen,

162 Prozent Einkommensteuer, 5,70 Prozent Grundsteuer, 191 Prozent Gewerbesteuer

zu erheben. Das sind durchweg 10 Prozent Ermäßigung gegenüber dem Vorjahre. Die Schlußziffer des mit diesen Einnahmen genehmigten Etats wurde dann auf 12 075 900 Mk. festgestellt.

Die weiteren Vorlagen brachten nur noch einmal interessante Debatten. Der Oberbürgermeister wollte sich in der Diskussion des später angenommenen Antrages der Kanzlisten auf Gehaltserhöhung an dem Volksblatt reiben, ohne es zu nennen. Es war von der Befähigung dieser Beamten gesprochen worden, und da meinte Herr Dr. Rive, es sei nicht angebracht, über solche Dinge zu reden, da eine gewisse Seite wieder gierig diese Gelegenheit benutzen würde, um die Unterbeamten gegen die Vorgesetzten in Aufregung zu bringen. Diese dunkle Andeutung trug Herrn Rive einen Zusammenstoß zunächst mit dem Stadtv. Springer und dann noch mit dem Stadtv. Herzfeld ein. Diesen Herren war die Tätigkeit der „gewissen Seite" mit Recht nicht so sehr auf die Nerven gefallen, und so konnten sie nicht begreifen, was der Oberbürgermeister eigentlich wollte. Herr Springer verwahrte sich energisch gegen den fälschlich angenommenen Tadel seines Verhaltens und Herr Herzfeld forderte eine geheime Besprechung, damit die Unruhe, die der Oberbürgermeister durch seine Andeutungen hervorgerufen habe, beseitigt werden könnte. Der Oberbürgermeister mußte wiederholt das Wort nehmen, um zu betonen, daß die Sache nicht so schlimm sei, als sie aufgefaßt worden ist. Es sei kein Grund zu neuen Unruhen. Wir hätten wahrlich Unruhen genug und brauchten hier nicht noch künstlich neue zu schaffen. Die Sache löste jetzt auf vielen Gesichtern ein Lächeln aus, der Effekt war futsch. Schade für Herrn Rive. Aber die „gewisse Seite" freute sich wieder für einige Momente.

•

Debattelos wurden im Laufe der Sitzung folgende Vorlagen genehmigt: Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich unterm 1. Mai v. J. mit der Anlegung eines öffentlichen Platzes auf dem zwischen Süd- und Liebenauerstraße belegenen Hospitalacker einverstanden erklärt und zugleich die Mittel zum Ankauf des letzteren bewilligt. Die Uebereignung des Geländes an die Stadtgemeinde hat inzwischen stattgefunden. Der Herstellung des Platzes steht somit nichts mehr entgegen. In Uebereinstimmung mit der Verschönerungsdeputation beschloß daher die Stadtverordneten-Versammlung für die Anlegung des Platzes nach vorgelegtem Projekt 9900 Mark bereitzustellen.

Mangels ausreichender Niederschläge und infolge starken Rückganges der Saale- und Elster-Wasserspiegel sank im Hochsommer der Grundwasserstand der Bresener Aue soweit, daß der Betrieb mit der leistungsfähigsten Heberleitung nur mit größter Vorsicht aufrecht erhalten werden konnte.

Dieser Zustand hat angehalten bis zum Dezember 1911, wo infolge der allgemeinen Niederschläge die Spiegel von Saale und Elster sowohl als auch des Grundwassers sich erholen konnten. Mit Eintritt des Frostes Anfang Januar d. J. ist jedoch wieder ein beständiger Rückgang des Grundwassers zu beobachten, der für den kommenden Sommer Schwierigkeiten befürchten läßt, insbesondere, wenn das Frühjahr nicht noch starke Regengüsse und Hochwasser der Saale und Elster bringt.

Die Erweiterung der Wasserfassungsanlagen wird deshalb als äußerst dringlich bezeichnet. Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß, das Erweiterungsprojekt zu genehmigen und die zur Ausführung der Heberleitung IV anschlagsgemäß in Höhe von 184 500 Mk. notwendigen Kosten zu bewilligen.

Für den Neubau der Steinmühlenbrücke in einer Breite von 16,5 Meter sind zusammen 71 000 Mk. bewilligt worden. In dem genehmigten Kostenanschlage ist die Ausführung des Geländers in Beton mit Eiseneinlage vorgesehen. In Rücksicht auf die Lage der Brücke am Eingange zum Saaletal hält der Magistrat es jedoch für angebracht, das Geländer nicht in Kunststein, sondern in echtem Material und zwar in Kalksandstein auszuführen. Auch ist für die Brücke eine Beleuchtung vorzusehen; die Beleuchtungskörper sollen auf Pylonen aufgesetzt werden, die sich dem Gesamtcharakter der Brücke anpassen. Für die Herstellung des Geländers in Kalksandstein und die architektonische Ausschmückung sind 10 200 Mark nötig. Diese Kosten wurden bewilligt, da sie aus den für das Betongeländer vorgesehenen Mitteln und den beim Neubau der Brücke eintretenden Ersparnissen gedeckt werden können.

Bewilligt wurden weiter 3000 Mk. für ein Eisenbahngleis nach dem Düngerhause im Schlacht- und Viehhofe, 900 Mk. für die Errichtung einer Veranda für die Krippe Weingärten 21, und 3450 Mk. für die Anlage elektrischer Beleuchtung in Aula, Lehrzimmern, Sammlungsräumen und Zeichensälen der Oberrealschule. — Der Mitteldeutsche Verein selbständiger Markt- und Meßreisender von 1898, Sitz Halle a. S., bittet um Errichtung von Bedürfnisanstalten auf den Hallescher Jahrmärkten. Die Petition war vom Bauausschuß zur Ueberweisung an den Magistrat als Material empfohlen. Dem wurde zugestimmt, doch ersuchte Genosse Osterburg, wenigstens provisorisch Abhilfe zu schaffen, bis ein neuer Markt gefunden sei. — Die Firma Weise u. Monski bittet um Herabsetzung der Kosten für den Anschluß ihrer in der Rößzigerstraße belegenen Schrebergartenkolonie an die städtische Wasserleitung. Der vom Bauausschuß empfohlenen Ueberweisung dieser Petition an den Magistrat als Material wurde zugestimmt.

Vom Streik der Schneider.

In einer äußerst stark besuchten öffentlichen Schneiderversammlung wurde über den Stand der Lohnbewegung Bericht erstattet. Genosse Krauße wußte in packender Weise die Entstehung und Vorgeschichte der Lohnbewegung zu schildern. Er betonte namens seiner Kollegen: Nicht aus Uebermut sind wir in den Kampf getreten; der Kampf wurde uns aufgezwungen. Seit der denkwürdigen Zollvorlage und der ihr folgenden Finanzreformen sind die Lebensmittelpreise und die wichtigsten Verbrauchsartikel ständig verteuert worden. Demgegenüber haben die Arbeitslöhne in unserem Berufe keine Erhöhung erfahren. Nachdem unser Tarif gekündigt war, fühlten sich die Herren Arbeitgeber des Verbandes noch nicht veranlaßt, irgendwie entgegenzukommen. Sie erklärten einfach, nichts bewilligen zu können. Sie glaubten, die Arbeiter würden sich wieder ducken und zufrieden zu ihrem Kummerfaden zurückkehren. Bei den Unterhandlungen in Frankfurt a. M. kam man endlich nach einer fünftägigen Verhandlung mit einem Angebot von durchschnittlich 2—8 Prozent Lohnzulage. Aber eine ganze Reihe von Positionen sollten verschlechtert werden und bei den so gering erhöhten Positionen sollte durch Festlegung von mehr Handarbeit die Arbeit wieder erschwert werden. Dieses Angebot mußte mit Entrüstung zurückgewiesen werden. Wir sind durch das brüske Vorgehen des Arbeitgeberverbandes in den Kampf getrieben worden und wir werden ihn zu führen wissen. — Mit großer Begeisterung wurde die Mitteilung aufgenommen, daß die maßgebenden Geschäfte des Arbeitgeberverbandes vollständig lahmgelegt sind. Einer lebhaften Kritik wurde das Vorgehen einiger Zuschneider unterzogen, die den streikenden Arbeitern das Haus einlaufen und sie zum Streikbruch bewegen wollen. Die Versammlung war von einem guten Geist getragen und wir können der weiteren Entwicklung mit Ruhe entgegensehen. — Im Laufe des gestrigen Tages haben noch nachstehende Geschäfte die neuen Bedingungen unterschrieben: George Harden, Otto Grätzel, Paul Landgraf und G. Oldenburg.

Das Pech des Herrn Weise oder wieder eine geborstene „gelbe" Säule.

Am 2. März beging der „gelbe" Werkverein in den Thaliasälen sein erstes Stiftungsfest unter Mitwirkung der theatralischen Abteilung und der Maschinenbauer Liedertafel Eintracht. Zuerst kam ein gewisser Herr Luft an die Reihe, der eine holperige Begrüßungsansprache hielt. Dann suchte ein gewisser Herr Schönknecht den Anwesenden vor Augen zu führen, daß nur durch einen Zusammenschluß der Werkvereine ein Bollwerk gegen die irreführende und verhetzende Tätigkeit der antinationalen freien Gewerkschaften geschaffen werden könnte. Gott sei dank, seien zur richtigen Zeit Männer gekommen, die die gelben Werkvereine ins Leben gerufen haben. In der Hoffnung, den gelben Werkverein von Weise u. Monski recht bald als Bruderverein im Bunde begrüßen zu können, schloß Redner seine Ausführungen. Dann kam ein Herr Hoffmeister aus Magdeburg an die Reihe. Er unterstrich die Ausführungen seines Vorredners und meinte, daß der Bund der Werkvereine durch seine große (?) Mitgliederzahl auch auf die Regierung bei Gesetzentwürfen einwirken könne. Weiter vergleich er die Organisationen mit einem Kahn, bei dem die freien Gewerkschaften nicht wissen, wohin die Fahrt geht. Aber der gelbe Werkverein hat sein gesteckes Ziel: „Sorge um Weib und Kind. Liebe zum Vaterlande. Treue zu Kaiser und Reich! Darum steigen sie ein in unserem Kahn und vertrauen sie sich unserer Führung an, zum Segen der Arbeit, zum Segen des deutschen Vaterlandes." — Der Mann versteht sein Geschäft. Er hätte noch hinzufügen müssen, zum Segen des Profits der Unternehmer. Nachdem noch der Direktor Reinicke seinen Senf dazu gegeben hatte, kam die dramatische Abteilung an die Reihe. Aber da fehlte etwas. Wir vermissen den Hauptleiter dieser Abteilung, den Jugendbildner Herrn Brüter. Auf dem Programm vom 30. Dezember 1911 war er mehrere Male verzeichnet und jetzt? — Undank ist der Welt Lohn. Wie schön hätte er Theater gespielt und die Herzen seiner Vorgesetzten für sich eingenommen. Wie schön hätte er es verstanden als Zahlenkünstler seine Fähigkeiten zu beweisen. Schade, daß die Firma kein Verständnis für solche Kunst hatte.

Blüser u. Rocks!

Täglich Neuheiten
für jeden Zweck passend
auch extra weite
zu sehr billigen Preisen bei

Loewendahls

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120306-18/fragment/page=0006

An Herrn Bräter hat es nicht gelegen. Er hat es doch so nett fertig gebracht, auf den Alkordkarten die Zahlen zu seinen Gunsten zu ändern, hatte aus der 0 eine 6, aus der 3 eine 5 oder 8 gemacht, so daß er sich immer selbst annehmbare Preise notierte und auf diese Art und Weise zu seinem Gelde gekommen war. Doch eines Tages mußte er sein Bündl schnüren, er wurde wegen dieser Betrügereien entlassen. Ob die Angelegenheit die Gerichte noch beschäftigen wird, entzieht sich unserer Kenntnis. — Herr Bräter hatte die Jugendbildung übernommen. Da wird ja Herr Weise noch manches erleben können, wenn diese Bildungsmethode der Pfennig, Bräter usw. erst Früchte trägt. Herr Weise hat aber auch wirklich Pech. Eine gelbe Säule nach der anderen zerspringt. Wer wird der nächste sein? Und das alles für das schöne Geld, das sich's Herr Weise kosten läßt. Unser Beileid dazu.

In der Abteilung Turmstraße der Firma Weise u. Monski ist wiederum ein Diebstahl verübt. Einem Arbeiter wurde der Schrank aufgebrochen und aus der Tasche das Portemonnaie mit 9,85 Mk. Inhalt gestohlen. Die Sache beschäftigt die Kriminalpolizei, der es hoffentlich gelingt, den Täter zu erwischen. Seitdem dort der „gelbe" Werkverein gegründet wurde, mehren sich die Fälle des Verwechselns von Mein und Dein in auffälliger Weise.

Die Hallescheen Nationalliberalen gegen ein Rechtspräsidium im Reichstag.

Wie die Saalezeitung mitteilt, haben die Vorstände des hiesigen Nationalliberalen Vereins und des Vereins der Nationalliberalen Jugend beschlossen, an die nationalliberale Reichstagsfraktion ein Schreiben zu richten, worin sie die bestimmte Erwartung aussprechen, daß die Nationalliberalen nicht in ein Präsidium eintreten, das unter Ausschaltung der Linken nur von den Parteien des schwarzblauen Blocks gebildet wird. — Der Beschluß wurde einstimmig in einer Sitzung gefaßt, die außerordentlich zahlreich besucht war. Der Verein der Nationalliberalen Jugend hatte diesen Standpunkt schon in seiner letzten Sitzung in voriger Woche formuliert.

Soweit die Saalezeitungsnachricht. Wir wissen die Freude, die dieses Blatt in der Einleitung zu obiger Notiz ausdrückt, voll zu würdigen. Denn die Erklärung ist wirklich echt liberal, weder Fisch noch Fleisch, weder rechts noch links. Daß die Nationalliberalen nicht in einem Präsidium mit der Rechten zusammensitzen sollen, heißt noch lange nicht, daß sie ein Präsidium der Linken bilden oder gar wieder für einen — Sozialdemokraten stimmen sollen. Was die Hallescheen Nationalliberalen eigentlich wollen? Niz jewisses weeß man nich. Dafür ist man eben liberal.

---

* **In dem Versammlungsbericht des Bauarbeiterverbandes** in der Nr. 53 des Volksblattes ist infolgen ein Fehler enthalten, als darin von einer Beitragserhöhung ab 1. April dieses Jahres die Rede ist. Diese Bemerkung trifft keineswegs zu. Wir verweisen deshalb auf den § 23 Abs. 4 des Statuts.

Der Zweigvereins-Vorstand.

* **Die Straßenbahn und der expresse Bote im Zeitungsgewerbe.** Das Reichsgericht hat eine interessante, für das Zeitungsgewerbe wichtige, Entscheidung gefällt. Zum zweitenmal beschäftigte die Strafsache gegen den Direktor der Straßenbahn Wanne-Herten-Recklinghausen, Heinrich Arnold, das Reichsgericht. Das zuständige Landgericht hat ihn am 4. November 1910 wegen Vergehens gegen das Postgesetz zu einer Geldstrafe von 8929,20 Mk. verurteilt, nämlich dem vierfachen Betrage des als hinterzogen angesehenen Postpaketportos. Der Buchhändler Ewald Triebel in Wanne hat seit 1898 eine Agentur des Dortmunder Generalanzeigers. Seit 1901 ließ er die verschiedenen Pakete mit den Zeitungen in der Weise nach verschiedenen Orten befördern, daß er seinen Boten veranlaßte, mehrere Fahrkarten auf den genannten Straßenbahnen zu lösen, wodurch er das Recht erlangte, die Pakete auf dem Vorderperron aufzustellen. Der Bote gab dann jedesmal in dem betreffenden Orte das dorthin bestimmte Paket einem dastehenden Boten und fuhr bis an das Ende seiner Bestimmung. Der Bote soll nun in den letzten Jahren mehr Pakete mitgenommen haben, als der expresse Bote tragen kann. Die Orte, nach denen er die Blätter brachte, sind sämtlich mehr als zwei Meilen von Dortmund entfernt. Das Landgericht hat damals den Direktor der Straßenbahn für die erwähnte Gesetzesverletzung verantwortlich gemacht, weil er die Beförderung nicht verhindert habe. Auf die Revision des Angeklagten hob am 3. März 1911 das Reichsgericht das Urteil auf, weil zu unrecht angenommen sei, daß der Angeklagte als Täter in Frage komme, und die Annahme einer fortgesetzten Fahrlässigkeit zu Bedenken Anlaß gebe. In der neuen Verhandlung am 2. Oktober 1911 hat nun das Landgericht Bochum den Angeklagten freigesprochen, weil nicht festgestellt ist, daß er der Beförderer war. Es wurde angenommen, daß der expresse Bote der Beförderer sei und daß die Verwaltung der Straßenbahn lediglich die dynamische Kraft hergebe. Ein expresser Bote könne, wenn er mehrere Fahrkarten löse, mehrere Pakete mit auf den Vorderperron nehmen und ein Angestellter der Straßenbahn habe gar kein Recht, sich um den Inhalt der Pakete zu kümmern. Der fragliche Bote sei ein expresser Bote im Sinne des Gesetzes gewesen und es sei unerheblich, ob er das ganze Gewicht der Zeitungen zu tragen imstande war. — Gegen diese, dem Verkehrsinteresse durchaus entsprechende Entscheidung hatte die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt. Sie wurde jedoch am Freitag in der Verhandlung vor dem Reichsgericht vom Reichsanwalt nicht vertreten. Das Reichsgericht verwarf das Rechtsmittel, da einwandfrei festgestellt ist, daß der Angeklagte nicht der Beförderer war.

* **Stadttheater.** Mittwoch wird der neue Lustspielschlager Die fünf Frankfurter zusammen mit der Schönen Galathee wiederholt. Donnerstag zum letzten Male, und zwar als 176. Vorstellung im 4. Viertel, Die Geisha, Freitag zum letzten Male, als 175. Vorstellung im 3. Viertel, Tannhäuser. Gastspiel des Herrn Rudolf Salenius vom Stadttheater in Münster. Sonnabend Künstlerfest: Konzertteil, hierauf Parkettsitz Nr. 10. Billetts sind an der Tageskasse des Stadttheaters zu haben.

* **Unfälle auf der Straße.** Von einem Radfahrer wurde in der Triftstraße ein Kind umgefahren. Das Kind, das ins Rad gelaufen war, erlitt jedoch anscheinend keine Verletzungen. — Ein Mann wurde gestern abend von Krämpfen befallen. — In der Torstraße wurde eine Frau Rudisoff aus der Jakobstraße von einem Radfahrer, dessen Glockenzeichen sie überhört hatte, umgefahren. Sie fiel derart heftig zu Boden, daß sie sich nicht wieder erheben konnte und von Passanten in ein Haus getragen werden mußte. Die Frau klagte über Schmerzen im Rücken. — Beim Abspringen von einem fahrenden Wagen der Straßenbahn stürzte in der Wuchererstraße ein junger Mann so heftig, daß er eine Verstauchung des rechten Armes erlitt und sich in ärztliche Behandlung begeben mußte.

* **Eigentümer gesucht.** Am 28. Februar wurde einer verdächtigen Person ein weißer Jagdhund (Rüde) mit braunen Flocken und abgeschnittener Rute abgenommen und nach dem Tierasyl gebracht. Der Eigentümer des Hundes oder Auskunftspersonen wollen der Kriminalabteilung, Dreyhauptstraße 6, Zimmer 36, Mitteilung geben.

* **Gestohlen** wurden in der Zeit vom 24. bis 26. Februar ein vierrädriger Handleiterwagen, naturfarbig und etwa 1 Meter lang; in den Tagen vom 27. bis 29. Februar ein grauer Ueberzieher mit Hornknöpfen, schwarzem Futter und geraden Taschen; ein schwarzer Damenregenschirm mit silberbeschlagener brauner Hornkrücke; am 1. März ein Fahrrad, Marke Expreß, Nr. 141 352, mit schwarzem Rahmenbau, gelben Felgen, nach unten gebogener Lenkstange und neuem Mantel auf dem Vorderrad.

Ostendorf und Umgegend. Bergarbeiter, Augenauf! Im Saalkreis sucht ein Ingenieur der Grube Elisabeth bei Mücheln tüchtige Häuer und Förderleute für die betreffende Grube zur Ausführung von Streckenarbeit. Er garantiert einen Lohn von 6 Mk. die Schicht und saubere Wohnung. Aber wer diesen Versprechungen Glauben schenkt, der fällt rein. Auch von hier waren einige Bergarbeiter den Verlockungen gefolgt. Aber was erlebten sie. Häuer zur Streckenarbeit gibt es auf dieser Grube genug. Die Neuangeworbenen bekommen einige Tage die betreffende Arbeit, dann erhalten sie Arbeiten, wo sie kaum auf 4 Mk. Lohn die Schicht kommen. Und wie sehen die Wohnungsverhältnisse aus? Mit den Sachsengängern zusammen wurden sie eingepfercht. Auf Beschwerden erhielten die Arbeiter die Antwort, versprochen wäre vielleicht etwas, aber gehalten kann es nicht werden. Die andere Arbeit müßte auch verrichtet werden. Darum Bergarbeiter, traut den Verlockungen nicht. Das hier Geschilderte ist das allerschlechteste noch nicht.

Theater und Musik.

Sechstes Sinfoniekonzert.

Zu seinem Abschiedskonzert hatte Herr Kapellmeister Mörike drei Werke gewählt, bei denen er zeigen wollte, wie weit er mit seinem Orchester stilisieren kann. Ohne Zweifel hat Mörike aus dem Theaterorchester, das in den meisten Fällen im reinen Konzertieren sich von einer gewissen Sprödigkeit nicht freimachen kann, einen geschmeidigen Klangkörper gemacht, mit dem es sich arbeiten läßt. Mörike hat einen großen Kraftaufwand an den Tag legen müssen, um seine Künstler so in den Bannkreis des Reinmusikalischen zu zwingen, daß wir heute selbst den schwierigsten Werken mit Genuß folgen können, soweit das Herausarbeiten des Formalen den Genuß ermöglicht. Ueber dem Fortschritt in technischer Hinsicht wachte Mörikes unermüdliches Streben, den Ausdruck zu vertiefen, die Details zu feilen und die Konstruktion des Ganzen im Sinne der Meister zu gestalten. Wenn Mörikes impulsive Künstlernatur sich nach und nach immer mehr in der schweren Kunst des Detaillierens versuchte, so konnte das nur von dem Momente an geschehen, wo er die Technik des Orchesters nach allen Seiten hin registriert hatte. Die ungemein schwierige Sinfonie zu Dantes Göttlicher Komödie, in der Liszt alle Errungenschaften des modernen Orchesters in das Feld führt, hatte unter Mörikes Leitung Schwung und einen virtuosenhaften Anstrich. Die wackere Künstlerschar bereitete ihrem Dirigenten einen Ehrentag. Da war jeder Einzelne bei der Sache, die kleinsten Figuren in Gluks Ouvertüre zur Iphigenie wurden sauber gespielt.

Solistin war die gefeierte Teresa Carenno. Mit unermüdlichem Eifer ist die große Künstlerin tätig, ihre meisterhaften Interpretationen zu verbreiten, in ihr paaren sich ein stark angespannter Wille und eine hohe Intelligenz. Beethovens Konzert in Es-dur gewinnt unter ihren Händen eine Art Verklärung, sie mischt die dramatischen und lyrischen Momente wunderbar durcheinander. Sie gehört zu denen, die auf analytischem Wege das Kunstwerk vor uns erstehen lassen. Von den Solostücken war der Vortrag des Marche militaire von Schubert-Tausig am bedeutendsten. Frappierend war die Rhythmik, fein durchdacht die Steigerung.

In der Sinfonie trat zum ersten Male der Frauenchor auf, der sich um Frl. Doreluise Meiling schart und unter der Leitung des Herrn Konzertmeisters Riedel steht. Es sind gute Stimmen darin, das Volumen des Ganzen muß sich vergrößern. So hätte das „Gloria" am Schlusse doppelt so stark herauskommen müssen.

Die zahlreich erschienenen Zuhörer spendeten der Solistin und dem scheidenden Dirigenten stürmischen Beifall. Dankend nahm Kapellmeister Mörike die Lorbeerspenden entgegen.

Jfl.

Aus der Provinz.

Wahlkreis Torgau-Liebenwerda.

An die Distriktsleiter!

Am **Sonntag, den 17. März, vormittags 9 Uhr,** findet in **Torgau** im Restaurant Königsbad eine **Distriktsleiterkonferenz** statt. Da in dieser Sitzung die Abgrenzung der Agitationsgebiete vorgenommen werden wird, werden die Distriktsleiter ersucht, sich die Orte ihres Distriktes gewissenhaft zu registrieren und das Verzeichnis zur Konferenz mitzubringen. Auch werden die Maisondsmarken ausgegeben. Laut Beschluß des Kreistages in Annaburg wurde die Zentralstelle für das Bildungswesen nach Mühlberg gelegt. Der Bildungsausschuß hat sich konstituiert, und wählte als Vorsitzenden für alle Bildungsveranstaltungen im Kreise den Genossen Ernst Hennig, Schifferweg 9. Alle Anfragen und Zuschriften auf diesem Gebiete sind an genannte Adresse zu richten.

Der Zentralvorstand.

Schkeuditz. Ein Edelster und Bester als Zechpreller. Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich der 1850 in Schneidemühl geborene Freiherr v. Barnekow wegen Zechprellerei zu verantworten, weil er im Januar im Hotel Goldene Sonne „vergessen" hatte, 27,90 Mk. Zech- und Logischulden zu bezahlen. Der Amtsanwalt beantragte drei Monate Gefängnis. Das Gericht kam aber zu einer Freisprechung mit der Begründung, es sei nicht erwiesen, daß dem Angeklagten das Bewußtsein einer Schädigung des Wirts und des Kellners innewohnte. Zugunsten des Angeklagten müsse angenommen worden, daß er sich nur in momentaner Geldverlegenheit befand und er wirklich die Absicht gehabt habe, Zahlung zu leisten, sobald die in Aussicht stehender Geldmittel (!) eingingen. Der Freigesprochene konnte aber nicht entlassen werden, da er auch von Berlin aus wegen Zechprellerei gesucht wird. Der edle Herr scheint sich also öfter in „momentaner Geldverlegenheit" zu befinden und Bewußtseinstrübungen unterworfen zu sein.

— **Verzweiflungstat einer jungen Mutter.** Im Gewässer an der Fuchsbrücke wurde das Dienstmädchen Elise Brückner und ihr 9 Monate altes Kind, das sich in Schlafdecke in Pflege befand, tot aufgefunden. Die Mutter hatte dem Kinde und sich selbst die Pulsadern beider Hände aufgeschnitten, dann ging die Unglückliche mit dem Kinde in das verhältnismäßig seichte Wasser. Es ist nicht ausgeschlossen, daß beide an Verblutung gestorben sind. Das Kindchen muß schrecklich gelitten haben, denn es war infolge des Todeskampfes fast vollständig seiner Kleidung entblößt.

Merseburg. Eine Funktionärsitzung findet Donnerstag, den 7. März, abends 8½ Uhr, in der Kaiser-Wilhelmshalle statt. Es ist Pflicht aller Funktionäre in der Sitzung zu erscheinen.

Delitzsch. Politische Versammlung. Am Sonntag sprach unser Reichstagsabgeordneter Genosse Gustav Raute vor einer von rund 400 Personen besuchten Versammlung über das Thema: Der neue Reichstag und die politische Lage. Der Redner führte ungefähr folgendes aus: Das Volk lechzte ordentlich danach, einmal Abrechnung zu halten mit der Junkerspitzhacke, die uns abermals ungeheure Lasten auferlegt hatte. Der Wahlkampf wurde denn auch mit einer noch nie gekannten Schärfe geführt. Obwohl die Sozialdemokratie den Wahlkampf mit reinen Waffen führte, schütteten unsere Gegner ganze Kübel voll Schmutz über uns. Pressefeerzeugnisse ließen keine Kosten scheuen, um uns verleumden, die langjährige Zuchthäusler als Verfasser hatten. Trotzdem gelang es uns, unsere Stimmenzahl gewaltig zu steigern, und wenn es dennoch nicht gelang, den Schwarzblauen eine entscheidende Niederlage beizubringen, so hat das seine Ursache in der ungerechten Wahlkreiseinteilung. Deshalb muß eine Neueinteilung der Wahlkreise vorgenommen werden. Weil die liberalen Wähler nicht ihre Stichwahlparole befolgt und am ersten Stichwahltage eine ganze Reihe von Wahlkreisen an die Reaktion ausgeliefert haben, tragen auch sie mit Schuld daran, daß die Niederlage der Schwarzblauen keine vollständige geworden ist. Hierauf ging der Redner zur Präsidentenwahl über, um dann zur Thronrede Stellung zu nehmen. Aus dieser gehe hervor, daß an den jetzt bestehenden Verhältnissen nicht gerüttelt werden solle. Die jetzige Zoll- und Steuerpolitik soll beibehalten werden, außerdem seien wieder neue Heeres- und Marineforderungen zu erwarten. Demgegenüber sei es notwendig, unsere Forderung auf besseren Arbeiterschutz mit allem Nachdruck zu erheben. Nur durch unser entschiedenes Eintreten für unsere Grundsätze sind wir groß und stark geworden. Soll in Deutschland für den Fortschritt der Weg frei gemacht werden, muß vor allen Dingen erst einmal die Herrschaft des Junkertums im preußischen Landtag gebrochen werden. Obwohl der Redner an eine Reichstagsauflösung nicht glaubt, da sich für fast alle vorkommenden Fragen eine Mehrheit finden dürfte, empfiehlt er doch, die Waffen scharf zu halten. Nach dem mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag nahm Genosse Münzer das Wort, um zum Beitritt in den Sozialdemokratischen Verein und zum Abonnement des Volksblattes aufzufordern, worauf die gutbesuchte Versammlung ihr Ende erreichte.

— **Richtigstellung.** In unserer Meldung über die diesjährige Musterung hat sich ein Fehler eingeschlichen. Es muß heißen: Am 18. März haben sich die Restanten des Jahrganges 1890 sowie diejenigen des Jahrganges 1891, deren Familienname mit den Anfangsbuchstaben A bis einschließlich G beginnen und der Jahrgang 1892 zu stellen, während am 19. März die Militärpflichtigen des Jahrganges 1891, deren Familiennamen mit den Anfangsbuchstaben H bis Z beginnen, sich zu stellen haben.

— **Fort mit dem literarischen Schund!** Die in Halle kürzlich vom Dürerbund veranstaltete Ausstellung zur Bekämpfung der Schundliteratur hat viel Beachtung gefunden und sich eines guten Besuches zu erfreuen gehabt. Dadurch dürfte auch die Absatzmöglichkeit von Schundheften in Halle etwas zurückgedrängt werden. Eine Halleiche Buchhandlung ist offenbar ebenfalls dieser Meinung, denn sie versucht jetzt mit allen Mitteln in Delitzsch ihre Hefte abzusetzen. Die Hefte wurden 2-, 3- und 4-stückweise mit verschiedenen Titeln vor, resp. in die Wohnung gelegt, um dadurch Abonnements zu erhalten. An unsere Leser richten wir das dringende Ersuchen, überall da, wo solche Hefte angeboten werden, dem Ueberbringer die Tür zu weisen. Alsdann dürfte es auch gelingen, den geschäftsgewandten Verlegern das Handwerk zu legen, und somit beizutragen an der wirklichen Bekämpfung der Schundliteratur.

Greppin. Rabiate Gesellen. In einer hiesigen Gastwirtschaft gerieten der Arbeiter Ignatz Wrobel, der Hufschmied Wankewiecz und ein Arbeiter Stellmach mit den Arbeitern Möller und Martschinkowsky in Streit; es kam zu einer Schlägerei, in deren Verlauf Möller mehrere Stiche in den Hinterkopf erhielt, so daß er einem Arzt in Bitterfeld zugeführt werden mußte. Daraufhin wurden die drei erstgenannten Personen vom Landgericht Halle wegen gefährlicher Körperverletzung zu Gefängnisstrafen verurteilt. Gegen Wrobel, der sich außerdem durch den Ausruf: „Hackt ihn tot, den deutschen Knochen," noch der Bedrohung schuldig gemacht hatte, wurde auf zwei Jahre und einen Monat Gefängnis erkannt. Die Revision des Ehr. gegen diese Entscheidung beim Reichsgericht kam am Montag zur Verhandlung, wurde aber vom höchsten Gerichtshof als unbegründet verworfen, da sie lediglich die tatsächlichen Feststellungen bemängele.

Giesen. Immer noch das Arbeiterheim. Im November v. J. fand in dem jetzt behördlich geschlossenen Arbeiterheim zu Schweidtz eine Festlichkeit des Radfahrervereins Vorwärts statt. Der Ausschank von Bier war dem Arbeiterheim untersagt. Die Festteilnehmer entnahmen deshalb Flaschenbier aus dem Geschäft des Maurers Zeidler, der in der Nähe des Arbeiterheims wohnt. Zeidler hat die Erlaubnis zum Verkauf von Flaschenbier, Limonade, Selterswasser u. s. w. Er soll nun aber das Gewerbesteuergesetz und die Gewerbeordnung übertreten haben, weil er zu jener Festlichkeit Bier u. s. w. lieferte. Das Delitzscher Schöffengericht verurteilte ihn auch zu 30 Mk. Geldstrafe event. 6 Tagen Haft. Gegen dieses Urteil legte er bei der Strafkammer Halle Berufung ein mit der Begründung, er habe sich nicht strafbar gemacht, denn er habe die Erlaubnis zum Verkauf von Getränken „über die Straße". Der als Zeuge geladene Gendarm vermutet aber, daß in dem Arbeiterheim Bier verschenkt worden ist. Es müßte dort Bier vorrätig sein, denn Leute hätten ihm gesagt, im Arbeiterheim Bier erhalten zu haben. Ein Mann hätte einmal erzählt, es wären dort drei Fuhren abgeladen. Um hierüber Klarheit zu schaffen, wurde die Verhandlung behufs weiterer Beweiserhebung vertagt.

Eilenburg. Stadtverordnetensitzung. Der Vorsteher brachte in der gestrigen Sitzung zur Kenntnis, daß die Bestätigung der Wiederwahl des Herrn Stadtrats Tuve erfolgt sei. Ferner wurde Beschluß gefaßt über die Entlastung der Rechnung der gewerblichen Fortbildungsschule pro 1910. Einer anderweitigen Regelung der Gehaltsbezüge der Lehrer und Leiter der gewerblichen Fortbildungsschule wurde die Zustimmung erteilt. Bisher

Volle Garantie für jedes einzelne Stück bezüglich Geschmack und Größe! — Waren, mit welchen Sie nicht zufrieden, erhitte retour.

5 Proz. Rabatt auf alle Waren.

Mittwoch Donnerstag, Freitag Sonnabend, Sonntag liefere prima goldfrische Trink-Eier 1 Mandel nur 115 Pf. 5% Rabatt

Vollständig gratis gebe jeder Hausfrau bei Einkauf von 1 Mandel Eier für 10 Pfg. zur Probe von Knäusels weltberühmtem unübertroffenen Molkerei-Tafel-Butter-Ersatz Marke: „Wähle selbst" Margarine. Sie müssen die Qualität unbedingt kennen lernen! — Wer probt, lobt!

5 Proz. Rabatt auf alle Waren.

Alb. Knäusel, Halle, Magdbg. | Merseburgerstr. 8 | Jägergasse 2 | Schmeerstr. 21 | Goethestrasse 9 | Bernburgerstr. 15 | Leipzigerstr. 72

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120306-18/fragment/page=0007

wurde der Lehrer für jede Stunde mit zwei Mark entschädigt. Dies kommt in Wegfall und wird dafür eine feste Summe von jährlich 90 Mark an jeden einzelnen Schullehrer bezahlt. Auch für den Leiter wurde ein fester Satz bestimmt. Die entstehenden Mehraufgaben betragen 352 Mark. Ebenso wurde der vom Magistrat vorgeschlagene Fluchtlinienplan unter Aufhebung des bestehenden Fluchtlinienplanes für die Leipzigerstraße und die angrenzenden Straßen die Zustimmung gegeben. Die Warenhaussteuer, welche vom hiesigen Konsumverein an die Stadt entrichtet wird, soll in der bisherigen Weise an die Gewerbetreibenden der vierten Steuerklasse verteilt werden. Die Steuer betrug im Jahre 1910: 7312 Mk., 1911: 8788 Mk. Für 1912 konnte die Summe noch nicht angegeben werden. Die Parseval-Luftschiffgesellschaft richtet an den Magistrat das Ersuchen um Beihilfe, damit eine Landung des Parseval-Luftschiffes ermöglicht wird. Unter Zustimmung sämtlicher Stadtverordneten wird beschlossen, einen Preis von 300 Mk. bei Landung des Luftschiffes auszusetzen. Die Feuerlöschdeputation stellt die Hilfsmannschaften. In der geschlossenen Sitzung wurde der Ankauf des Kaufmann Otto Gieseleschen Grundstückes, Leipzigerstraße 33, für 30 000 Mk. sowie der Ankauf des der Frau Schuhmachermeister Hertzt gehörigen Grundstückes, Leipzigerstraße 32, für 17 000 Mark genehmigt. Ferner wurde die Anstellung der Herren Lust, Killmann, Gierke, Krost und Metzig als Kanzlisten genehmigt.

Genossenschaftliches.

Die Steuerleistungen der Konsumvereine und der anderen Genossenschaften in Preußen 1910 und 1911. Die Behauptung, daß durch die Einführung des festen Rabatts die Steuersumme der Konsumvereine ungebührlich verringert verringert wird, spielt bekanntlich unter den Argumenten der Mittelständler für die Einfügung der Ausnahmebestimmung in das preußische Einkommensteuergesetz, daß auch der feste Rabatt der Steuer zu unterwerfen sei, eine ganz besondere Rolle. Da ist es wichtig, einmal an Hand der amtlichen Zahlen diese Behauptungen auf ihren Sachverhalt zu prüfen. Den Mitgliedern des preußischen Abgeordnetenhauses ist nun eine vergleichende Uebersicht über die Ergebnisse der Einkommensteuerveranlagung für 1910 und 1911 zugegangen. Danach hatten die steuerpflichtigen Genossenschaften (außer Konsumvereinen) im Jahre 1910 an Staatseinkommensteuer inklusive der Zuschläge 343 394,40 Mk., im Jahre 1911 342 421,60 Mk. zu zahlen. Es ist hier also, obwohl die Zahl der steuerpflichtigen Genossenschaften von 926 auf 941 gestiegen ist, eine Verminderung der Steuerleistung zu verzeichnen, bei den Konsumvereinen jedoch, wo die Zahl der Vereine ebenfalls etwas gestiegen ist, von 919 auf 937, ist eine recht erhebliche Vermehrung zu konstatieren. Es stieg die veranlagte Steuer von 414 373 Mk. auf 436 349 Mk. und die zu erhebende Steuer (einschließlich der Zuschläge) von 502 869,60 Mk. auf 530 544,60 Mk. Das in Preußen steuerpflichtige Einkommen der anderen Genossenschaften stieg von 9 191 713 auf 9 221 351 Mk., das der Konsumvereine von 12 486 360 Mk. auf 13 075 510 Mk. Angesichts dieser Zahlen kann man wirklich nicht mehr behaupten, daß dem Staate die Steuerquellen durch die Einführung des festen Rabatts ungebührlich beschnitten werden.

Allerlei.

Massenerkrankungen in der Kaserne.

Nachdem erst jüngst eine große Zahl Mannschaften der Unteroffizierschule in Potsdam am Genuß nicht einwandfreien Fleisches erkrankt ist, kommt jetzt aus Mainz die Nachricht, daß bei einem dortigen Infanterieregiment 79 Mann in das Lazarett gebracht werden mußten, weil sich bei ihnen Vergiftungserscheinungen zeigten. Man führt die Ursache auf den Genuß von Seefischen zurück.

In allen diesen Fällen ist es einigermaßen merkwürdig, daß die Aufsichtspersonen in der Regel nicht erkranken, obwohl sie verpflichtet sind, die Mannschaftskost zu versuchen, ehe sie an die Mannschaften verabreicht wird. Die Aufsichtsinstanzen wird gut tun, einmal nachzuprüfen, ob sich die Vorgesetzten auch in der entsprechenden Weise von der Güte des Essens vorher überzeugt haben.

Ein Parseval-Luftschiff zerstört.

Berlin, 5. März. Der Parsevalballon P. L. 6, das Reklameluftschiff, wurde gestern abend gegen 10 Uhr in Oberschönwalde bemerkt, als es ohne Tätigkeit der Motore in der Richtung auf Karlshorst zutrieb. Der Ballon ging zwischen Biesdorf und Oberschönwalde 11 Uhr nachts nieder, wobei der Steuermann Nebbes, der bis zum Schlusse das Schleppseil gehalten hatte, sich in diesem verfing und getötet wurde. Die übrigen vier Insassen des Luftschiffes blieben unverletzt. Das Luftschiff soll vollständig vernichtet sein. — Bekanntlich sollte das Reklameluftschiff demnächst auch einige Fahrten über Halle veranstalten. Um dieses Vergnügen ist nun die Hallesche Bevölkerung durch den Unfall des P. 6 gekommen.

Sieben Menschen verbrannt.

Bei einer Feuersbrunst in Objat bei Brive in Frankreich kamen sieben Personen ums Leben. Das Feuer, das nachts in den Ställen einer Gastwirtschaft entstand, griff schnell auf das von den Arbeiterfamilien Pommegu und Cellerier bewohnte Nachbarhaus. Während die Familie Pommegu bis auf ein zehnjähriges Kind gerettet werden konnte, verbrannte die ganze Familie Cellerier, bestehend aus sechs Personen.

Doppelmord und Selbstmord.

In Niederwaltersdorf bei Zittau erschoß der 18 Jahre alte Weber Richard Kraft die im Nachbarhause wohnende Webermeisterstrau Gürtiler, dann stürzte er sich auf deren 15jährige Tochter, vergewaltigte und tötete sie darauf durch einen Schuß in die Schläfe, dann floh der Täter in den nur 20 Minuten entfernten Wald, wo er sich selbst erschoß. Kraft war ein sehr nervöser Mensch, der durch das Lesen von Schundromanen (!!) zu der grausigen Tat getrieben worden sein mag.

Sein eigner Arbeitsmarkt.

Man schreibt der Frankf. Ztg. aus London: Ein ungewöhnlicher Anblick hat sich dieser Tage den Passanten in der Nähe der Liverpool Street, einer der bekanntesten Haupt-Geschäftsstraßen der Metropole. Man sah einen sehr anständig gekleideten jungen Mann langsam seines Weges gehen mit einem auf dem Rücken befestigten Schilde, das folgende Aufschrift trug:

„Ein mit allen Kontorarbeiten gut vertrauter Kommis wünscht Anstellung. Man wende sich an ihn selbst hier!"

Auch ein Zeichen der Zeit!

Kleines Allerlei. In Hamburg wurde ein schwerer Diebstahl in dem Postzollgebäude am Valentinskamp verübt. Gestohlen wurden 7 Tausend-, 74 Hundertmarkscheine, 600 Mark in Silber, ein Scheck von 680 Mk. auf die Deutsche Bank in Hamburg und ein Scheck von 962 Mk. auf die Hadersleber Bank. Ueber den Täter ist nichts bekannt. — Ein Attentat auf den Londoner Rothschild. In London schoß ein Unbekannter auf den in seinem Automobil sitzenden Baron Leopold Rothschild, Mitinhaber des Londoner Bankhauses. Rothschild blieb unverletzt, während ein auf der anderen Seite der Straße stehender Polizist durch mehrere Schüsse getroffen tot zusammenbrach; der Täter wurde verhaftet. — Boxende Gymnasiasten. Unter den Gymnasiasten in Lauenburg wird seit einiger Zeit das Boxen als Sport geübt. Als am Sonntag zwischen den Primanern Lietz und Hinz ein Kampf stattfand, erhielt Lietz von seinem Gegner einen Stoß in die Magengegend und stürzte bewußtlos zusammen. Trotzdem er sofort in ärztliche Behandlung genommen wurde, starb er nach kurzer Zeit.

Briefkasten der Redaktion.

Schiepzig. Steuern sind schon vom ersten Tage nach der Entlassung vom Militär an zu zahlen.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten Paul Hennig, Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bock, Lokales Wilhelm Koenen, Provinzielles und Versammlungsberichte Gottl. Kasparek, sämtlich in Halle.

Indra-Katarrh-Bonbons
sind das **vorzüglichste Husten-Linderungsmittel.**
Paket 20 Pfg. nur bei
Konditoren-Gentzsch, 15 Filialen in Halle a. S.

Ich schloß einen großen Posten Petroleum. Die liefernde Firma drängt auf Abnahme. Um zu räumen verkaufe ich bis auf weiteres
Petroleum 1 Liter = 16 Pfg.
Zündhölzer sogn. Schweden 1 Pack **25** Pfg.
Louis Eisfeld, Marktplatz 22
im Goldenen Ring.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd (Steinweg 2) b. 4. März.

Aufgeboten: Arbeiter Stock u. Emma Walther (Tholuckstraße 4). Bürgerschullehrer Schiebold und Elsie Taaß (Altenburg u. Lerchenfeldstraße 18). Arbeiter Altmann und Anna Kohlmann (Steg 13 u. Gr. Ulrichstraße 54). Bahnarbeiter Graupner und Frieda Möbre (Streiberstraße 10). Redaktionsbeamter Hennig u. Marie Schwarz (Leipzig u. Gr. Berlin 13). Bahnarbeiter Mennicke und Ida Stiem (Straußfurt). Tapezierer Minnich u. E. Brüggemann (Magdeburg). Handlungsgehilfe Mitbauer und G. Linke (Halle und Leipzig). Maurer Freier und E. Kurzer (Lasdorf). Hausdiener Schlappkohl und L. Köppen (Kiel). Arbeiter Brunnengräber u. B. Schöngart (Kapna).

Eheschließungen: Bankbeamt. Herfurth und Meta Polty Berlin und Magdeburgerstraße 9). Oberkellner Fischbach und Christiana Wambach (Fürstental 6a).

Geboren: Arbeiter Gißler S. (Wormligerstr. 106). Destinektor Willer S. (An der Schwemme 5). Sattler Redahn S. (Kl. Ulrichstr. 5). Schlosser Geisel T. (Ludwigstr. 22). Eisendreher Schneider T. (Torstraße 29). Maschinisten Brunner S. (Hallorenstraße 1a). Arbeiter Schika T. (Weingärten 34). Glaser Wallraf S. (Lindenstr. 22). Pferdehändler Reimann S. (Mansfelderstraße 25). Arbeiter Schade T. (Langestr. 7). Landwirt Merkel T. (Wälzerstraße 14).

Gestorben: Kaufmann Dannenberg, 72 J. (Herrenstr. 7). Witwe Christine Steuer geb. Lange, 78 J. (Jakobstraße 20). Handelsmann Löbe, 53 J. (Kl. Ulrichstraße 27). Witwe Therese Gellhorn geb. Krebs, 69 J. (Schützenstraße 8). Oberkellners Schneider Ehefrau Emma geb. Spielgies, 34 J. (Rud. Haymstraße 12). Eisenbahnzugführer a. D. Lenck, 74 J. (Lindenstraße 74). Witwe Johanne Herrmann geb. Spaldmann, 80 Jahr (Reideburgerstraße 5). Invaliden Badamus T., 4 M. (Beesenerstraße 10a). Schlossers Beeck Ehefrau Anna geb. Rau, 50 J. (Beesenerstraße 10).

(Halle-Nord Gr. Brunnenstr. 3a.)
4. März:

Aufgeboten: Schmiedemeister Jaucha u. Martha Sickert (Wittenfindstraße 4). Schlosser Linge u. Martha Körner (Baradeyplatz 2 u. Steinmühle). Arbeiter Stricksner und Berta Jäckel (Trotharerstr. 48 u. Saalwerderstr. 9). Oberkellner Pesner und Charlotte Schubert (Lessingstr. 8 und 42). Vize-Feldwebel Hübener und Frida Haberlandt (Dessauerstr. 68 u. Kolberg). Arbeiter Pluschke u. Emma Richter (Lessingstr. 12 u. Schillerstr. 11). Schriftsetzer Schröter u. Anna Ehrhardt (Beesenerstr. 26 u. Seebenerstraße 20). Hilfsgeboist Weiße u. Anna Hünicke (Körnerstr. 13 und Mühlweg 23).

Geboren: Bäcker Heidebluth T. (Gr. Gosenstr. 1). Kesselschmied Hagemann S. (Goethestraße 23). Klempner u. Installateur Berendt S. (Reilstr. 104). Lehrer Ernst S. (Wasserweg 8). Kaufmann Schurig S. (Harz 30). Arbeiter Theuring S. (Gr. Wallstr. 3). Straßenbahnschaffner Krepschmar T. (Seebenerstraße 40).

Gestorben: Pastorwitwe Ragoßny geb. Naumerck, 72 J. (Wilhelmstr. 10). Stadtamtshafts-Werkmeister a. D. Bohn, 69 J. (Felsenstraße 4). Privatiere Freygang, 74 J. (Lafontainestr. 14). Witwe Heller geb. Suder, 91 J. (Harz 6). Invalide Möbius, 69 J. (Große Brunnenstraße 11).

Einmaliges Angebot!
Ein grosser Posten
Damen-Glacé-Handschuhe
in allen modernen Farben, mit zwei Druckknöpfen jedes Paar **95** Pf.
Ein grosser Posten
Dänisch Leder-Handschuhe für Damen
vorzüglich in Qualität, schöne Farben-Sortimente, 3 Knopf lang, jedes Paar **1.25** M. | 3 Paar **3.50** M.
— Nur solange Vorrat! —
Brummer & Benjamin,
Grosse Ulrichstrasse 22/24.

Hüte werden schick garniert **Felsenstrasse 22.**

Mittwoch **Schlachtefest.** **Marie Böttcher,** Triftstraße 2.

Jeden Mittwoch u. Sonnabend **Schlachtefest.** **L. Schaaf,** Ladenbergstr. 49.

ff. frische und geräucherte **Wurstwaren** aus reinem Schweinegut stets zu billigsten Preisen.

Morgen, Mittwoch — Schlachtefest. — Früh 8 Uhr: Wellfleisch. Otto Becker, Kröllwitz.

Jeden Mittwoch **Schlachtefest.** Olga Wentzke, Wolffstr 2.

Persil
für
Spitzenwäsche
(Wichtig – lesen!)
Das selbsttätige Waschmittel.
Spitzenwäsche, Gardinen, Stickereien und andere empfindliche Stoffe, die nicht gerieben werden dürfen, wasche man nur mit **Persil.** Vollkommenste Reinigung bei größter Schonung des Gewebes. **Persil**
wäscht von selbst
nur durch einmaliges, ca. 1/4 — 1/2 stündiges Kochen. **Verletzen des Gewebes ausgeschlossen.**
Erprobt u. gelobt!
Nur in Originalpaketen, niemals lose.
HENKEL & CO., DÜSSELDORF.
Alleinige Fabrikanten auch der allbeliebten
Henkel's Bleich-Soda
Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich!

Oranienbg. Kernseife grosser Riegel **50, 28** Pf.
Riesen-Bazar, Schmeerstr. 1.

Wiederverkäufergesucht. **Wer probt — der lobt** meine abwaschbare **Dauerwäsche.** Preisl. gratis. **C. Klappenbach** Grosse Ulrichstr. 41.

Fahrräder. neue, von 50 M. an, gebr. von 20 M. an, Mäntel 2.10 M., Ersatz- und Zubehörteile billigst.
Nur Fahrrad-Haus, Gr. Klausstrasse 32.

:: **Waschgefäße,** :: dauerhaft und billig. Größte Auswahl. Böttcherei, Schülerstraße 1.

Hygienische **Zahnbürsten** mit Luftdurchführung; bei **C. F. Ritter,** Leipzigerstr. 90. M. d. R.-Sp.-V.

Unverwüstliche **Markttaschen** sehr billig bei **C. F. Ritter,** Leipzigerstr. 90. M. d. R.-Sp.-V.

Wie zu Hause speisen Sie im Volkspark.
Vorzügliche Küche.
Freitag und Sonnabend: **Frische Pökelknochen**

Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandl.**

Beste Bezugsquelle in Vereins-Nadeln u. Abzeichen in Metall u. echter Emaille.
Vereins-Bänder u. Roseiten.
Gust. Uhlig
Uhren und Goldwaren
Halle a. S., untere Leipzigerstr.

Schulranzen dauerhafte Ware billig.
Riesen-Bazar, Schmeerstr. 1.

Gr. Federbett nur 8.50 Mk., Kissen 3 Mk., alles rotes Inlett, zu verk. **Albrechtstr. 16, 1 Tr. l.**

Alle Uhren, Schmucksachen usw. repariert sehr billig u. nur gut Kurt Unger, Leipzigerstraße 11, Eing.: Kl. Sandbg. — Kein Laden.

Schachspiel
Mit Anleitung zum Spielen. Das interessanteste aller Spiele
Preis 20 Pfg.
Volks-Buchhandlung.

Arbeitsmarkt

Violin- u. Klavier-Unterricht erteilen
Kern, Eichendorffstr. 28. May, Torstr. 49.

Gärtner-Lehrling kann die Kunstgärtnerei erlernen, vollständig unentgeltlich. **H. Scheibel,** Merseburg, Ehrensäule.

Lehrling zum 1. April gesucht. **Siegmund Gade,** Tapezierer und Dekorateur, Albert Schmidtstr. 10.

Brotkutscher, militärfrei, geschäftskundig, sowie
:: **Laufbursche,** ::
16jährig, gesucht.
Brot-Fabrik Schubert, Merseburgerstr. 102.

1 besseres Mädchen od. j. Frau wird sofort als **Aufwartung** bei hohem Lohne gesucht. Zu melden von 1/8 Uhr ab Ludwig Buchererstr. 60, II Tr. links.

Lehrlinge stellt ein Maschinenfabrik **Paul Feller,** Berlinerstraße 4.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Ilgner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. Groß, jetzt A. Jähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191203 06-18/fragment/page=0008